Nr. 50. Freitag, den 28. Februar 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal.
(Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.)
Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Berliner Stichwahlen finden am Sonnabend, den 1. März, statt. Genossen, thut Eure Schuldigkeit!

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. März eröffnen wir ein neues Abonnement auf „Berliner Volksblatt“.

Durch neue maschinelle Einrichtungen sind wir in den Stand gesetzt, eine bedeutende Preisermäßigung in dem Abonnementspreis unseres Blattes eintreten zu lassen.

Unser Blatt kostet vom 1. März ab **frei ins Haus**

1 Mark 10 Pfennig

pro Monat.

Für die Postabonnenten tritt die Preisermäßigung erst vom 1. April ein.

Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Die Würdelosen.

Die Kartellbrüder sind auf's Haupt geschlagen. Aber es ist nicht ihre Art, mit Würde ihr Schicksal zu tragen, das ihre eigene Schuld auf sie herabbeschworen hat. Niemals zeigt sich der Werth einer Partei klarer und einleuchtender, als in den Tagen des Unglücks. Als die Geschläge des Sozialistengesetzes auf die jugendlich sich emporkämpfende Arbeiterpartei herabwetterten, als die Drangsale der härtesten Ausnahmemaßregeln, Verbote und Ausweisungen, Kerker und Aechtung das Loos der Anhänger der Sozialdemokratie wurden, offenbarte es sich, welche Lebenskraft, welche sittliche Macht die Ideen dieser Partei besaßen.

Die Ideen dieser Partei, welche deshalb so zeitgemäß, elementar-gewaltig, so befruchtend und fruchtbar in der großen Masse lebten und wirkten, weil sie tief im Boden der herrschenden Zustände wurzelten, weil sie ihre Nahrung aus dem geschichtlich Gewordenen sogen, weil sie in ihrem innersten Wesen nichts waren als das naturgemäße Erzeugniß der wirthschaftlichen und politischen Entwickelung.

Das Programm unserer Partei, sei es, daß dasselbe die kritische Sonde in das Bestehende senkt, sei es, daß sie in leichten Umrissen zeichnet, was von der Zukunft zu heischen und zu erwarten ist, es ist die abgezogene Formel, der gedankliche Extrakt der kapitalistischen Produktionsweise. Kein Laplace oder Gauß hätte mit mehr Sicherheit eine Aufgabe der höheren Mathematik lösen können, als die ökonomische Entwickelung das Proletariat, die proletarische Bewegung, das proletarische Programm geschaffen hat, folgerichtig, peinlich genau, ohne Rechenfehler. Die Geschichte verrechnet sich nicht, nur ihre Schüler, die Völker sind öfters etwas schwach in der sozialpolitischen Regeldetri.

Das deutsche Volk hat am 20. Februar 1890 seine Prüfung sehr gut bestanden und wird im Rechnen die Note I davontragen. Doch um auf besagte Hämmel, nämlich die Hurrah- und Kartellgenossen, zurückzukommen, so zeigt sich in leuchtendem Glanze ihr Unwerth heute, nun sie aus allen Himmeln gestürzt sind. Keine Thatkraft, keine Würde, sondern entsprechend ihrer Natur Erbärmlichkeit und ohnmächtige Wuth. Aber wie könnte es auch anders sein bei Parteien, die längst abgehaust haben, die im Interesse ihres Geldsacks sich selbst politisch unterwürfig gemacht haben, sich selbst und ganz Deutschland!

Vor allem der **Nationalliberalismus** ist es, dessen verächtliche Würdelosigkeit tiefen Ekel erregen muß. Der steifnackige, bornirte Hochmuth der verrottet-reaktionären Junker aus der Masurei und Wendei muthet uns nicht so widerlich an, als diese klapperige Heulmeierei der Gallertpartei, vulgo Nationalliberalen. Ohne Halt, ohne Grundsätze, Drahtpuppen eines Mächtigeren, die nach Belieben tanzen, wirft der Orkan einer ehrlichen Entrüstung — kein Dritter-Direktor-Sturm im Glase Wasser — diese Jammermenschen über den Haufen, reißt ihnen den letzten Fetzen ihres verschlissenen Talmiliberalismus vom Leibe und zeigt sie als splitternackte rabbiate Profitwütheriche.

Was bei den Stegreifrittern der „Kreuz-Zeitung“ sich von selbst versteht, der Haß gegen die Rechte, für welche die **Väter** des Nationalliberalismus gekämpft und gelitten haben, der Haß gegen das Bischen verfassungsmäßiger Freiheit, das zeigt sich jetzt **ganz unverhüllt**, ohne das letzte Restchen erheuchelter Scham, das bisher noch hier und da zu Tage getreten, bei der Partei der Gentlemen. Gerade die Zeitungen dieser Fraktion, gerade die Nationalliberalen fordern jetzt mit wüstem Geschrei die **Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts**, in ihrer Wuth kennen sie keine Scheu, keinen Anstand, keinen Takt mehr. Noch nie sah das deutsche Volk solch einen Veitstanz der Reaktion, wie heute, und es ist nothwendig, daß sich die Wählerschaft recht gründlich die häßlichen Fratzen dieses Hexensabbaths einprägt.

Kommt jemals ein Kartellreichstag wieder zu Stande, dann wehe Dir, deutsches Volk! Eine Knebelbill wird der anderen auf die Fersen treten, die wirthschaftliche und politische Versklavung wird vereinigt.

Aber es ist charakteristisch, daß die nationalliberale Bourgeoisie es ist, die über die Folgen einer konstitutionellen Handlung, des Wahlakts, am nichtsnutzigsten zetert und für Kanonen und Bajonette am tollsten schwärmt.

Uns wundert es nicht. Denn wir hielten die Nationalliberalen stets für das **verächtlichste Werkzeug der verächtlichen Knechtschaft**.

Politische Uebersicht.

Das Abgeordnetenhaus führte am Mittwoch die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern zu Ende. Von verschiedenen Seiten des Hauses wurden Wünsche auf die Aufbesserung der Lage der Schutzleute und Vermehrung und bessere Besoldung der Landgendarme laut, die Minister Herrfurth entgegenkommend beantwortete. Ein Antrag Berger auf Beseitigung der fiskalischen Brückenzölle wurde nach kurzer Berathung, in welcher die Abgg. Olzem und Stötzel die durch die Beibehaltung der Brückenzölle entstehenden Verkehrsleistungen hervorhoben, Geheimrath Lehnert und Abg. Bohtz die Tragweite des Antrages mit Rücksicht auf die nicht fiskalischen Brückenzölle hervorhoben, an die Budgetkommission verwiesen, desgleichen ein Antrag Eynern auf Uebernahme der Kriegsreitschulden von 1807 auf den Staat. Bei der Berathung von Wahlprüfungen, welche hierauf folgte, wiederholten sich die gestrigen Auseinandersetzun-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.) [31

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung von Tony Révillon.
Deutsch von Ludwig Knorr.

Die Pförtnerin erinnerte sich der Kloster-Rezepte und fing zu kochen an. Frau Richard kam alsbald und später Henri, Jane am Arme führend. Ein Tisch wurde im Hofe unter den Linden aufgestellt. Das Gerassel der Maschinen, vermischt mit den Stimmen der Arbeiter, drang bis zu den Tafelnden, die sich manchmal ansahen, als wenn noch etwas Unausgesprochenes in ihren Innern ruhte. Richard triumphirte über seinen gelungenen Staatsstreich. Henri war glücklich. Der schöne Traum seiner Jugend ging in Erfüllung, die Fabrik gab Hunderten Arbeit und ermöglichte ihnen eine angenehme Existenz; in jede Ecke der Vorstadt sollte der Wohlstand dringen. Schon sah er im Geiste gemeinschaftliche Mahlzeiten, bürgerliche Feste und Schulen, welche die Jugend zu Männern und Republikanern erzogen.

— Jane, erinnerst Du Dich noch an unsere einstigen Gespräche; hier ist der große Hof, der Schatten der alten Bäume, und an jener Mauer dort werden wir eine Estrade bauen, überdacht mit Laubwerk und Fahnen, an der die Arbeiter im Festkleide vorbeiziehen werden. . . .

Der jakobinische Bourgeois hatte die Begeisterung vom Palais Royal und der Bastille wiedergefunden, als er von seiner lieben Fabrik und den Webstühlen sprach.

Seine schöne Frau hörte ihm lächelnd aber zerstreut zu. Das Gemälde, welches ihr Mann vor ihren Augen entrollte, war gewiß großartig, aber von dunkler Größe; die hohen Mauern von Bon-Secours warfen ihre breiten Schatten darüber.

Auf einen frohen Zuruf Richards erhob sie ihr Glas; man trank auf das Gelingen des Staatsstreiches und auf die glückliche Umwandlung des Klosters in eine Fabrik.

Als die beiden Kompagnons am anderen Tage die Arbeiten überwachten, erschien der General Tricot.

Der Kriegsminister hatte an den ersten Konsul einen Bericht erstattet und Bonaparte ließ fragen, mit welchem Recht die Fabrikanten eine Kaserne in Beschlag genommen hatten, um daraus eine Fabrik zu machen.

— Ich habe durchaus keine Kaserne weggenommen, antwortete Richard, als ich hierher kam, fand ich nur unbewohnbare Ruinen.

— Der Minister allein war berechtigt, über diese Ruinen zu verfügen, und würde sie auch benutzt haben.

— Das halte ich für vollständig ausgeschlossen. Es hätte großer Kosten bedurft, um das Kloster wieder herzustellen und diese Kosten habe ich der Regierung erspart. Dieses Besitzthum war für sie werthlos und ich biete mich an, es von ihr zu miethen. Wird sie mich als Mietber ausschlagen?

Bonaparte hatte einen strikten Befehl gegeben; der General zögerte.

— Was Sie gethan haben, ist ungesetzlich, es ist eine Vergewaltigung des Nationaleigenthums.

Lenoir trat vor.

— Ah, Du sprichst vom Volke, Du! Nun, das ist mir gerade recht. Komm' und sieh' Dir alles an und dann erzähle Deinem Herrn, was Du alles gesehen hast.

Lenoir nahm den Arm seines alten Freundes und führte ihn in die Säle.

Das ganze Parterre war mit Webstühlen besetzt, an denen Weber arbeiteten. Die Jennymaschinen begannen zu spinnen. Im Hintergrunde des Hofes bereitete man das Waschen der Rohstoffe. Das unentwirrbare Geräusch der Maschinen und Arbeitenden kam als Echo von den hohen Gewölben zurück.

Cadet konnte sich dem Eindrucke dieses neuen Schauspiels nicht entziehen und die Leidenschaft seines Freundes wurde zur seinigen.

— Es ist unglaublich, wiederholte er, wie man derartiges zusammenhalten kann. Welches Gehirn und welche Ausdauer gehört dazu. Wahrhaftig, Bürger, ich werde Sie deshalb nicht tadeln, daß Sie so militärisch vorgegangen sind. Ein solches Resultat spricht sehr zu Ihren Gunsten, Sie bedürfen nur eines Miethsvertrages, und wenn der erste Konsul auf mich hört, so wird er ihn bewilligen.

Cadet blieb eine ganze Stunde in der Fabrik, ließ sich Alles erklären und verstand es auch ohne große Mühe.

— Ich freue mich, Dich wiedergesehen zu haben, sagte Lenoir. Ich liebe weder den Krieg noch die Soldaten. Das Vaterland befreien ist Pflicht, sobald aber diese erfüllt ist, muß der Bürger wieder zu seiner Arbeit zurückkehren. Das Heer steht heute im Dienste eines Mannes. Freiwilliger vom Jahre I, wenn dieser Mann einst etwas von Dir verlangen wird, so erinnere Dich an das Lager von St. Amand und Dumouriez.

Der Jakobiner hielt seinem ehemaligen Kameraden die Hand hin, welche dieser nicht ohne sichtliche Verlegenheit ergriff.

— Der erste Konsul, erwiderte er, wünscht Frankreich

gen zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum über das Eintreten der nationalliberalen Partei in Hannover für einen sozialdemokratischen Kandidaten im Jahre 1884. Abg. Bachem verlas einen Artikel der „Nationalliberalen Blätter" in Hannover aus jenem Jahre, der direkt zum Eintreten für den Sozialdemokraten aufforderte. Abg. v. Eynern suchte sich dem gegenüber damit zu helfen, daß er die Verantwortung der nationalliberalen Partei für jenes Blatt ablehnte und auf das Bedrängen des Abgeordneten Windthorst des weiteren erklärte, daß auch die „Köln. Zeitung" kein nationalliberales Parteiblatt sei. Das Haus erledigte darauf eine Anzahl von Petitionen, darunter auch eine Petition von Gymnasiallehrern auf Gleichstellung mit den Richtern 1. Instanz, welche nach dem Antrage des freisinnigen Abgeordneten Drawe der Regierung zur Berathung überwiesen wurde. — Donnerstag wird neben einer Reihe kleinerer Vorlagen das Gesetz über Regulirung der Oder und Spree berathen werden.

Sozialistengesetz und Einberufung des neuen Reichstags. Dem „Hamb. Korr." wird offiziös geschrieben: „Die Sozialistengesetzfrage hat in der letzten Sitzung des vorigen Reichstags vollständig geruht. Daß aber die Regierung die Einwirkung auf die Konservativen zu Gunsten eines Dauergesetzes ohne Ausweisungsbefugniß, wie sie es hätten erhalten können, nicht deshalb unterlassen hat, um überhaupt von Sondermaßregeln abzustehen, — das ist bekannt genug. — Auch die Vermuthung, daß der neue Reichstag noch im März zusammenberufen werde, steht einstweilen noch auf schwachen Füßen. Es würden dann bis zur üblichen Osterpause nur drei Wochen Zeit bleiben, weshalb die Einberufung im April wahrscheinlicher ist, zumal auch im Bundesrathe noch nicht genügendes Material zur Beschäftigung des Reichstages vorliegt."

Das Bestehen einer Kanzlerkrisis wird durch ein hochoffiziöses Telegramm des Herrn Schweinburg in den „Hamburger Nachrichten" mit dem erklärlichen Bemerken bestätigt, daß die Entscheidung nur vorläufig bis nach den Wahlen vertagt sei. Die hochoffiziöse Notiz lautet wörtlich, wie folgt: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium, beziehungsweise aus seiner Stellung als Reichskanzler, zwar ventilirt worden, ihre Entscheidung vorläufig aber ajournirt. Mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen hat der Reichskanzler seine Entschließung wegen des Rücktritts von den Geschäften vertagt."

Gegen das allgemeine Wahlrecht bringt die „Köln. Ztg." soeben wiederum einen heftigen Artikel, in dem es heißt: „Darüber müssen wir uns klar sein, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in der Richtung der Proletarisirung des Reichstags noch lange nicht eine ganze Wirkung ausgeübt hat. Die Sozialdemokratie wird die furchtbare Waffe, die zu schaffen vielleicht ein Fehler war, die ihr zu entwinden aber gefährlich und vielleicht verhängnißvoll sein würde, bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausnützen." — Eine ähnliche Auslassung findet sich in der „Kreuz-Ztg.". In einer Betrachtung über den Ausfall der Wahlen sagt sie: „Noch etwas haben die Wahlen ans Licht gestellt: Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist doch eigentlich ein Unding. Die einfachsten Leute sollen über die größten und schwersten Fragen urtheilen! Der Fehler ist leider gemacht und wird schwerlich zu ändern sein. „Große Leute fehlen auch," kann man da nur sagen. Was kann geschehen, um den Schaden wenigstens zu mildern? Vor allem sollte man das Wahlrecht erst mit dem 30. Jahre eintreten lassen; damit würde schon eine ganze Zahl unruhiger Köpfe beseitigt. Wäre es möglich, die Wahlpflicht einzuführen, so würden viele brave, stille Leute, die jetzt nicht wählen aus Bequemlichkeit und Gleichgiltigkeit, ihre Stimme auch abgeben, und so allein würde die wirkliche Gesinnung des ganzen Volkes erkannt werden, während jetzt gar oft eine rührige und verwegene Partei die Wahlen macht, ohne doch die Mehrheit zu bilden."

Die Ratten verlassen das Schiff. In der „Post" kann man bereits eine herbe Verurtheilung der preußischen Politik, deren Leitung doch Fürst Bismarck hat, und sogar einen Ausfall gegen die „Nordd. Allg. Ztg." lesen. Das freikonservative Blatt knüpft an die Forderung einer Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen an und sagt: „Es ist bezeichnend für Herrn Herrfurths Amtsvorgänger, daß ihm (Herrfurth) die Vornahme aller vorbereitenden Schritte vorbehalten blieb und er auch nicht die Spur einer Vorarbeit für eine seit einem Menschenalter auf der Tagesordnung stehende gesetzgeberische Aufgabe vorfand . . . Die Befürchtung liegt nahe, daß die innere Gesetzgebung Preußens immer mehr und mehr versumpft. Preußen, welches früher seinen Stolz darin setzte, den anderen Staaten Deutschlands und Europas auch auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung zum Muster und Vorbilde zu dienen, fängt an, stark ins Hintertreffen zu gerathen. Unser Schul- und Wegerecht ist bis zur Rechtsunsicherheit veraltet, unsere direkten Staatssteuern entsprechen so ziemlich auf der ganzen Linie weder mehr den Anforderungen der Gerechtigkeit noch dem heutigen Stande der Steuertechnik; die Kommunal- und Kommunalsteuer-Verhältnisse liegen unbestritten im Argen. Dem gegenüber kommen wir keinen praktischen Schritt auf nur einem dieser Gebiete vorwärts. . . . Die Gefahr liegt nahe, daß, wenn die bisherige Stockung in der preußischen inneren Gesetzgebung andauert, die nächsten Landtagswahlen ein ähnliches Ergebniß liefern, wie die jetzigen Reichstagswahlen. Die „Nordd. Allg. Ztg." scheint freilich die Sprache, welche diese nur zu deutlich reden, bisher nicht verstanden zu haben. Wer aber die Augen nicht absichtlich zumacht, wird die entscheidende Einwirkung der Fleisch-, Brot- und Branntweinpreise auf den Ausfall der Wahlen nicht bestreiten." — Das Blatt versteigt sich schließlich zu dem Rufe, daß die Stockung in der preußischen Gesetzgebung der „direkte Gegensatz gegen eine wirklich staatserhaltende Politik" sei — ein Urtheil, wie es von jener Seite bisher über die Politik der Staatsregierung, deren Vorsitzender Fürst Bismarck ist, und der Kartellparteien noch nicht gefällt worden ist. Auch das ist ein beachtenswerthes Zeichen der Zeit.

Die Arbeiterschutzkonferenz in Berlin soll, wie verschiedentlich gemeldet wird, der neue Handelsminister von Berlepsch leiten; ein süddeutscher Gesandter, welcher als Bundesraths-Bevollmächtigter Antheil an den Reichstags-Verhandlungen über die Invaliditäts- und Altersversicherung genommen hat, soll ihm als deutscher Sachverständiger beigegeben werden. Hieraus läßt sich der Schluß ziehen, daß zunächst eine Sachverständigenkonferenz tagen soll, daß also die Diplomatie erst in Thätigkeit tritt, wenn eine Grundlage für bindende Abmachungen gewonnen ist.

Gegen Debbchen-Götz, den im Leipziger Landkreise elend hereingefallenen Kartellbruder bringt die „Frkf. Ztg." nachstehende Erklärung: Herr Dr. Götz in Lindenau-Leipzig, nationalliberaler Kandidat für den Leipziger Landkreis, hat am 7. Februar d. J. in einer Wahlrede zu Leipzig nach dem „Leipziger Tageblatt" geäußert, ich hätte „durch Wucher das Getreide mit in die Höhe geschraubt". Wenn Herr Dr. Götz in Bezug auf mich, der ich nie in meinem Leben irgend ein Getreidegeschäft gemacht habe, diese lügenhafte Anschuldigung erhoben hat, so wäre er ein böswilliger Verleumder. Frankfurt a. M., den 24. Februar 1890. Leopold Sonnemann.

Aus Westfalen, 25. Februar. Das bekannte Organ der hiesigen Zechen mußte dieser Tage eine Berichtigung aufnehmen, welche mit folgendem Satze schloß: „Ich bin also auf Grund der Zeugen in der Lage, mittheilen zu können, daß der Bergrath Starke bewußt oder unbewußt eine Unwahrheit in amtlicher Eigenschaft veröffentlicht hat. Dortmund, den 13. Februar 1890. Peter Heep, Bergmann". Es ist nun bezeichnend, mit welchem Zusatze das Zechenblatt diese Einsendung begleitet. Es schreibt dazu: „Wir hoffen, daß die Königliche Staatsanwaltschaft auf Grund der vorliegenden „Berichtigung" des Heep demselben endlich seine unverschämten Behauptungen durch energisches Eingreifen ein für alle Mal verleiden wird". Die letzte Waffe in publizistischen Auseinandersetzungen, in denen sie ins Gedränge gerathen, ist also für diese nationalliberalen Mannesseelen der Ruf nach dem Staatsanwalt, und zwar nach einem „energischen". Besser kann sie niemand kennzeichnen, als sie es hier selbst thun.

Lahr, 23. Februar. Auf die Beschwerde gegen die Auflösung der sozialdemokratischen Wählerversammlung in der Gambrinushalle erging folgender Bescheid: Der Großh. bad. Landeskommissär für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg. Freiburg, 19. Februar 1890. Die Auflösung einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Lahr betreffend. Herr J. G. Pühler in Lahr, als Einberufer und Vorsitzender der am 3. d. M. in der Gambrinushalle zu Lahr stattgehabten sozialdemokratischen Wählerversammlung hat gegen die Auflösung dieser Versammlung rechtzeitig Beschwerde erhoben.

Nach den gemachten Erhebungen steht fest, daß Herr Rechtsanwalt Guttenstein am Schlusse seiner Rede die Anwesenden aufforderte, mit ihm einzustimmen in den Ruf: „Die deutsche bürgerliche (?) Sozialdemokratie lebe hoch!" und daß der überwachende Herr Polizeibeamte während des Hochrufens die Versammlung auf Grund des § 9 Absatz 1 des Sozialistengesetzes auflöste.

Mit der Aufforderung zu dem gedachten Hoch war eine Huldigung der deutschen bürgerlichen Sozialdemokratie bezweckt und nimmt man auch an, daß in solcher sozialistische Bestrebungen zu Tage treten, so sind diese immerhin nicht auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet (§ 9 Absatz 1 des Sozialistengesetzes). Aus diesen Gründen wird erkannt:

Es sei die Beschwerde des Herrn J. G. Pühler in Lahr gegen die Auflösung der am 3. d. M. in der Gambrinushalle zu Lahr stattgehabten sozialdemokratischen Versammlung für begründet zu erklären. Siegel."

Großbritannien.

London, 25. Februar. Aus der gestrigen Unterhaltung verdient folgendes hervorgehoben zu werden:

John Morley kündigte Namens des abwesenden Mr. Gladstone an, letztgenannter würde nächsten Montag, wenn der Lord des Schatzamtes den angemeldeten Antrag mit Bezug auf den Bericht der Parnell-Untersuchungskommission stelle, beantragen, die Worte „dieses Hauses nimmt den Bericht an, dankt den Kommissären für ihr gerechtes und unparteiisches Verfahren in den ihnen überwiesenen Angelegenheiten und verfügt, daß der Bericht in den Journalen des Hauses eingetragen werde" zu streichen und folgende Worte einzufügen: „Dieses Haus hält es für seine Pflicht, seine Mißbilligung der auf Verleumdung und Schändung begründeten falschen Anschuldigungen der ernstesten und gehässigsten Art, welche gegen Mitglieder dieses Hauses und besonders gegen Mr. Parnell erhoben wurden, zu erkennen. Während das Haus seine Befriedigung über die Bloßstellung der Verleumdung erklärt, drückt es sein Bedauern aus über das Unrecht, sowie über die während eines langen Zeitraums erlittenen Leiden und Verluste." (Lauter Beifall der Opposition.)

Der konservative Abgeordnete, Sir Charles Lewis, stimmte hierauf an, er würde, falls das soeben verlesene Amendement der Hauptresolution wird, folgenden Zusatz beantragen: „Gleichzeitig beklagt das Haus, daß durch diesen Bericht ferner gefunden wurde, daß John Dillon, William O'Brien und sieben andere Mitglieder dieses Hauses Genossen einer verrätherischen Verschwörung waren und daß Parnell, John Dillon, W. O'Brien, T. P. O'Connor, T. Healy und achtundreißig andere Mitglieder dieses Hauses Theilnehmer an der in dem Bericht geschilderten verbrecherischen Verschwörung waren und daß dieses Haus der Meinung ist, das Verhalten jener Mitglieder in dieser Hinsicht ernste Verdammung verdient."

A. Thomas (liberaler Vertreter für Ost-Glamorganshire) beantragte einen Zusatz zur Adresse zu Gunsten der Herstellung eines abgesonderten unabhängigen Staatsdepartements für die Behandlung von durchaus walisischen Angelegenheiten.

Osborne Morgan (liberal) und der Minister des Innern, Matthews beanstandeten den Antrag der schließlich zurückgezogen wurde.

Zunächst beantragte Cunninghame Graham (radikal) einen Zusatz zur Adresse, welcher es für wünschenswerth erklärte, die Frage der gesetzlichen Einschränkung der Arbeitsstunden den Vertretern Großbritanniens in der in Bern oder Brüssel abzuhaltenden internationalen Konferenz über Arbeiterschutzgebung erörtert werden sollte.

Atherley-Jones (Gladstonianer) unterstützte den Antrag, Bradlaugh auf das Entschiedenste beanstandete. Er bezweifle, es zu den Obliegenheiten des Parlaments gehöre, die Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln. Wenn der Arbeiter kurze Arbeitszeit begünstige, so würde er sie erlangen, aber wenn er dagegen sei, könnte keine einschlägige Gesetzgebung Erfolg haben.

Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, James Fergusson, kündigte an, daß die Konferenz in Bern in Anbetracht der Vorschläge des deutschen Kaisers vor der Hand aufgegeben worden sei. Die Einladung der deutschen Regierung an der in Berlin abzuhaltenden internationalen Konferenz Theil zu nehmen, wäre von Ihrer Majestät Regierung in freundlichem sympathischen Geist beantwortet worden. Die angeregten Fragen müßten, da sie die Wohlfahrt großer Theile der britischen Bevölkerung wie die anderer Länder betreffen, das Interesse der Regierung nothwendigerweise tief in Anspruch nehmen und in dem Geist begegnet werden, welcher dem, in welchem sie angeregt worden, entspreche.

Lord Randolph Churchill mißbilligte die Behandlung des Antrags Thomas in dogmatischer Weise und betonte, daß die Vereinigten Staaten, Australien, Südafrika und Kanada dasselbe auf gesetzgeberischem Wege behandelt hätten. Die Tendenz der modernen Gesetzgebung bewege sich in der That in der Richtung einer parlamentarischen Regelung der Arbeitsstunden. Er empfehle dem Hause, diese und andere Forderungen der Arbeiterklassen vom Gesichtspunkt dieser Klassen aus zu prüfen.

Schließlich wurde Graham's Amendement zur Wahl mit 198 gegen 87 Stimmen abgelehnt und letztere ohne Abstimmung endgiltig genehmigt. Damit schloß bald nach Mitternacht die Sitzung.

Vor einiger Zeit wurde durch die „Allgem. Korrespondenz" in London, bekanntlich ein Ableger der offiziösen Telegraphenbureaus, die erstaunliche Nachricht in die Welt geschickt, die Sozialisten in London hätten eine Begeisterungsadresse gebung für die Erlasse Kaiser Wilhelms II. veranstaltet. Wie es sich in Wirklichkeit damit verhält, erfahren wir aus folgenden Briefe eines Korrespondenten der „Voss. Ztg.": Es ist richtig, daß sich am 18. d. M. in den genannten beiden

---

Größe und Wohlstand zu verleihen; ihm dienen, heißt dem Vaterlande nützlich sein.

Am selben Tage noch erstattete General Tricot dem ersten Konsul Bericht über seinen Besuch im Kloster der Straße Charonne ab. Der Minister des Innern war anwesend und erzählte Bonaparte, daß ein Loggerber aus Gent, Namens Liéven Bauwens vor vier Jahren in Frankreich die erste Baumwollspinnerei gegründet hätte. Er ließ seine Maschinen, unter Kolonialwaaren versteckt, aus England kommen und seine Fabrik befindet sich im ehemaligen Kloster Bons-Hommes, gerade gegenüber der Fabrik der Herren Richard und Lenoir.

— Desto besser, meinte Bonaparte, so werden wir die Erzeugnisse Beider vergleichen. Ich bin begierig, die Bekanntschaft dieser eroberungslustigen Fabrikanten zu machen. Herr Chaptal, wir werden zusammen nach dem Faubourg St. Antoine gehen.

Damals fing Bonaparte an sein öffentliches Auftreten mit offiziellem Pmope zu umgeben.

Als Südländer glaubte er, das Gepränge der Begleitung und der Uniformen wäre für die Massen ein unerläßliches Symbol der Autorität.

Er kam nach der Vorstadt mit seiner Frau, dem Minister und einem glänzenden Stabe.

Die Fabrikanten waren nicht benachrichtigt worden und die Arbeiten gingen ihren gewöhnlichen Gang. Es war gerade der der Wäsche gewidmete Tag.

In dem großen Hofe füllten Arbeiter ein Reservoir; an der Seite stand eine kupferne Pumpe. Zwei Pferde zogen eine Drehbahn und setzten dadurch eine Verrichtung in Bewegung zur Reinigung der Stoffe. Die ganze Fabrik war in Thätigkeit.

Der erste Konsul warf einen raschen Blick um sich und bemerkte dann zu Richard:

— Ich will Alles sehen!

Der Fabrikant führte ihn in die Baumwollniederlagen, wo aufgestapelte Ballen lagen, und so fort durch alle Phasen der Fabrikation bis zum fertigen Produkte.

— Herr Richard sagte er, was hat Sie veranlaßt, Ihren so gewinnbringenden Handel mit englischen Waaren aufzugeben und sich nur der Fabrikation zu widmen?

Richard nahm ein Stück Stoff, zerriß es, und erklärte dem ersten Konsul die Ursachen seines Entschlusses, wie er es Collard auseinandergesetzt hatte.

— Dennoch hatten Sie einen so guten Geschäftszweig in Händen und haben ihn aufgegeben, um sich dem Unbekannten zu widmen?

— Ja, Bürger Konsul, denn eine mächtige Stimme rief mir, außer meinem persönlichen Interesse, zu, das Vaterland von der Abhängigkeit der Engländer zu befreien. Während unsere Fabrikanten zu Grunde gehen, pumpen die Fremden alles Geld aus Frankreich, und wenn sie so fortfahren, bleibt nicht ein Thaler im Lande. In einigen Jahren wird man sich, durch die Noth gedrängt, aufraffen um Fabriken zu gründen; aber dann wird es zu spät sein; denn unsere geschickten und fleißigen Arbeiter gehen außer Landes. Jetzt ist der richtige Augenblick da, um uns aus den Banden der Abhängigkeit von England zu ziehen. Ich will's versuchen, und glauben Sie mir, mich leitet dabei viel mehr ein patriotisches Gefühl, als der geschäftliche Vortheil.

— Wir hoffen, setzte Lenoir hinzu, uns bald vom Handel ganz los zu machen, um uns ausschließlich mit der Fabrikation zu beschäftigen.

— Was kann ich für Sie thun? fragte Bonaparte.

— Die Regierung, versetzte Richard, muß uns die Klöster Bon-Secours und Trénel, das auf der andern Seite der Straße liegt, verkaufen.

— Wie! Sie sind erst drei Monate hier und Bon-Secours genügt ihnen schon nicht mehr?

— Unsere Waaren verkaufen sich außerordentlich gut. Hier wollen wir weiter fabriziren, in Trénel dagegen Konstruktionswerkstätten einrichten, die zugleich als praktische Schule dienen werden.

— Aber was Sie beabsichtigen, ist ein Krieg auf Leben und Tod gegen die englische Industrie! . . . Morgen können Sie die zwei Klöster kaufen. Kann ich Ihnen sonst noch mit etwas dienen?

— Bürger Consul, wir bitten, daß Sie die Einfuhr jeder Art von Baumwollstoffen verbieten, sobald in unserem Lande 25 Baumwollspinnereien existiren. In zwei Jahren dann Frankreich seinen Bedarf selbst decken.

— Glauben Sie denn, ebensogut und so billig, wie Engländer fabriziren zu können?

— Das ist sicher!

— Verbieten? . . . . . Verbieten! . . . . . Genügt ein Schutzzoll nicht genügen? Wenn man die Zölle verdoppelte oder verdreifachte?

— Die Erhöhung der Zölle kommt nur den Schmugglern zu gute und nützt der Industrie nichts.

— Aber wenn wir die Einfuhr der englischen Waaren verbieten, werden die Engländer uns keine Baumwolle mehr verkaufen! Was denken Sie darüber, meine Herren?

— Können wir uns nicht Baumwolle aus Ägypten kommen lassen? Wir haben nach Neu-Orleans geschrieben um eine Ladung Samen kommen zu lassen. Ein Versuch in Ihnen und im Süden Frankreichs, wie in ganz Italien wird Baumwolle wachsen.

Bonaparte betrachtete die beiden Fabrikanten.

Lenoir verhielt sich dem Manne des 18. Brumaire gegenüber kalt und reservirt, während Richard, der vor Allem Fabrikant war, sich von seinen Plänen und Unternehmungen fortreißen ließ.

Bonaparte richtete sich an ihn:

Ihre Bemühungen sind sehr lobenswerth und der Ruf Ihrer Fabrik hat mich, wie Sie selbst, sehr für Sie eingenommen. Ich hoffe, Sie werden zum Besten des Landes Ihre Thatkraft und Ihren Unternehmungsgeist weiter benutzen, und ich werde Sie in Ihren Anstrengungen zur Hebung der kommerziellen Lage Frankreichs unterstützen. Rechnen Sie auf mich!

Das Gerücht von dem Besuche des ersten Konsuls hatte schnell die Vorstadt durchflogen. Die Menge füllte die Straße Charonne an; in der ersten Reihe standen Jenny und Henriette.

Sehen ist für junge Mädchen immer ein Vergnügen, wenn es sich um einen General handelt, den man kennt, in glänzender Uniform sich inmitten eines prächtigen

...hätten eine Anzahl Personen zu dem erwähnten Zwecke eingefunden und nach gemüthlichen Katzbalgereien mit einigen Anarchisten der ...schen Schule Beschlüsse in dem gemeldeten Sinne gefaßt haben. ... sind nun aber beide Lokale nicht größer, als gewöhnliche ...sche Bierstuben auf dem Lande. Ferner erfreuen beide Lokale ... eines Rufes, der hier lebende deutsche Arbeiter — Sozialisten ... Nicht-Sozialisten — in achtungsvoller Entfernung von dem... ...en hält. Um es gerade heraus zu sagen: es sind Zufluchts... ...en von allen möglichen Schiffbrüchigen der bedenklichsten Art. ...längerer Zeit hat einmal ausnahmsweise der einzige deutsche ...alistische Verein der betreffenden Stadtgegend, der „Arbeiter- ...und Gleichheit" in einem der beiden Lokale getagt, was aber ...den übrigen hiesigen deutschen Sozialisten ein solches ...ergerniß erregte, daß die „Gleichheit" sich gezwungen sah, als... ...d einen Lokalwechsel vorzunehmen; sie hat seitdem in Old ...Street Nr. 217 ihr eigenes Klubhaus. In den gedachten ...den „Versammlungen" nun vom 18. d. sind weder Mitglieder ...er „Gleichheit", noch andere deutsche Sozialisten, noch überhaupt deutsche Arbeiter anwesend gewesen. Die „Versammlungen" sind vielmehr von gewissen Journalisten einberufen und geleitet worden; die Beschlüsse fassenden Theilnehmer waren die gewöhnlichen Besucher der beiden Lokale. Der genugsam bekannte Reichsglöckner Heinrich Joachim Gehlsen stand an der Spitze der Veranstalter und war in einer der beiden „Versammlungen" Hauptredner und Beantrager des Zustimmungsbeschlusses. Damit dürfte genug gesagt sein. Zur Beleuchtung der eigenthümlichen Mitwirkung zweier Fähnlein Peukert'scher Anarchisten sei nur noch bemerkt, daß man in hiesigen deutschen sozialdemokratischen Kreisen „bestellte Arbeit" dahinter argwöhnt. Durch diese Mitwirkung, sagt man, habe der ganzen Geschichte ein wenig mehr „Ernsthaftigkeit" und „Wichtigkeit" beigelegt werden sollen. Doch wie auch immer, es steht über jeden Zweifel fest, daß man dem hiesigen (die Meldung war auch in englische Blätter übergegangen. Red.), wie auch dem deutschen Publikum wieder einmal einen häßlichen Possen gespielt hat, und es ist die ernste Frage berechtigt, was man mit solchem Unfug bezweckt und wem man damit zu dienen glaubt. Zum mindesten sollte man in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht haben, daß London für derartige zweifelhafte Experimente kein günstiger Platz mehr ist."

Zu den Wahlen.

Zu den Stichwahlen. Die Stichwahlen sind bekanntlich ... Sonnabend festgesetzt. Gerade dieser Tag, der Tag der Lohnzahlung, erschwert es dem Arbeiter, sein Wahlrecht auszuüben. Der Nachtheil muß durch um so größere Opferwilligkeit und ...Eifer wett gemacht werden. Jeder, dem es irgendwie möglich ist, muß sein Wahlrecht in der Zeit von 11—2 Uhr Mittags ausüben. Es darf nicht vorkommen, daß um 6 Uhr ...Schaaren von Arbeitern vor den Wahllokalen umkehren, weil der Wahlakt bereits geschlossen ist. Beherzige ein jeder, daß nach 6 Uhr kein Stimmzettel mehr angenommen wird. Auch muß gesorgt werden, daß das Wahlgeschäft sich glatt und ...abwickelt. Man trete an die Urne und nenne auf die Aufforderung des Wahlvorstehers hin, laut und deutlich seinen Namen und seine Wohnung. Das ermöglicht nicht nur eine ...Abfertigung des Wählers, sondern liegt besonders auch im Interesse unserer Genossen, die im Wahllokal die Kontrole führen. **Berechtigt bei der Stichwahl seine Stimme abzugeben, ist auch derjenige Wähler, der bei der Hauptwahl nicht mit abgestimmt hat.**

Die Sozialdemokratie hat bei den Wahlen

567 405 Stimmen

gewonnen. Für sie gestimmt haben am 20. Februar

1 341 587 Wähler.

Es sind nämlich nach einer dem Abgeordnetenhause mitgetheilten amtlichen Uebersicht am 20. Februar im Ganzen sieben Millionen Stimmen in Deutschland abgegeben worden. Hiervon sind vier und ein halb Millionen gegen das Kartell und zwei und ein halb Millionen für das Kartell abgegeben. Die genauen Ziffern stellen sich wie folgt: Es wurden abgegeben 7 031 460 Stimmen. Davon entfielen auf die drei Kartellparteien, der konservativen (919 646), der freikonservativen (457 936) und der nationalliberalen Partei (... 112), im Ganzen 2 546 694 Stimmen. Auf das Antikartell dagegen entfielen 4 484 766 Stimmen, nämlich auf die freisinnige Partei 1 147 863 Stimmen, auf die Zentrumspartei und die Deutschhannoveraner 1 420 438, **auf die Sozialdemokraten 1 341 587**, auf die Volkspartei 131 438, ... 245 652, die Elsaß-Lothringer 100 479 und die Wilden [illegible]

Im Vergleich mit den Wahlen von 1887 ergiebt sich folgendes: Die Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen ist von ...691 trotz vermehrter Bevölkerungszahl auf 7 031 460, also um 456 351 Stimmen zurückgegangen. Dieser Rückgang erklärt sich wohl hauptsächlich daraus, daß in den Zentrumswahlkreisen und in den elsässischen Kreisen die Betheiligung diesmal eine erheblich geringere war, weil der gouvernementale Ansturm auf dieselben wegen des Septennats fehlte. Trotz geringerer Wahlbetheiligung ist die freisinnige Stimmenzahl gegen 1887 um 202 561 Stimmen gewachsen, **die Stimmenzahl der Sozialdemokraten um 567 405** (1 341 587 statt 774 182), die Stimmenzahl der Volkspartei um 22 066 und diejenige der Wilden um 71 206. Alle übrigen Parteien zeigen einen Rückgang der Stimmen. Derselbe beträgt bei der Zentrumspartei 206 657 und bei den Elsässern 147 175 (100 479 statt 247 654). Die 3 Kartellparteien dagegen haben rund eine Million verloren, nämlich 999 163 Stimmen, wovon entfallen auf die Konservativen 274 858, auf die Freikonservativen 235 259 und auf die Nationalliberalen ein Verlust von 489 046 Stimmen; indessen hat die Vertheilung des Millionenverlustes auf die 3 Kartellgruppen im Einzelnen nur eine formale Bedeutung, da bekanntlich die Konservativen für Nationalliberale stimmten und die Nationalliberalen für Konservative.

Zur Taktik bei den Stichwahlen wird uns von einem Reichstagsabgeordneten geschrieben: Hier und da finden die Genossen es auffällig, daß das Zentralwahlkomitee für die Stichwahlen eine Parole ausgegeben hat, „welche den Genossen zumuthe, für Parteien einzutreten, die nicht zu Gegendiensten bereit seien." Und es wird auf das schmähliche Verhalten der Deutschfreisinnigen bei den Stichwahlen des Jahres 1887 hingewiesen — und auch auf gewisse skandalöse Vorgänge, die sich jetzt wieder vor unseren Augen abspielen. Hierzu ist zu bemerken, daß in Parteisachen die Gemüthlichkeit aufhört, und daß Berechnung an die Stelle tritt — natürlich ohne daß die Parteiprinzipien verletzt werden dürfen. Der Zorn ist sprichwörtlich der schlechteste Rathgeber, und wer da meint, das Verhalten unserer Partei könne von Gegenleistungen anderer Parteien abhängig gemacht werden, stellt sich auf den unserer Partei ganz unwürdigen Schacherstandpunkt des do ut des — ich gebe Dir, damit Du mir giebst. Wenn wir bei der Stichwahl für einen Deutschfreisinnigen oder Volksparteiler stimmen, so geschieht das, weil es in unserem Parteiinteresse ist. Ein Gegner des Ausnahmegesetzes ist uns im Reichstage nützlicher, als ein Verewiger des Sozialistengesetzes — das wird von niemand, außer allenfalls dem verbissensten Fanatiker des Pessimismus, bestritten werden. Dank verlangen wir für eine solche Unterstützung nicht und können ihn nicht verlangen, denn sie ist nicht einer sentimentalen Neigung zu den „schönen Augen" des Fortschritts entsprungen, sondern dem einfachsten Interessenkalkul. Finden die Deutschfreisinnigen sich ihrerseits veranlaßt, in Stichwahlen gegen Sozialdemokraten zu stimmen, nun, so ist das ihre Sache — das mögen sie mit ihrem Ehrgefühl und ihrem Verstand ausmachen. Uns kann das gleichgiltig sein.

Das mögen die Genossen überall beherzigen; der Stern des Parteiinteresses darf nirgends durch das Gewölk privaten oder lokalen Aergers verfinstert werden.

In Schleswig-Holstein haben gegen 1887 die Sozialisten 21 960, die Konservativen 10 210, die Dänen 1312 Stimmen gewonnen, wogegen die Nationalliberalen 16722 und die Freisinnigen 609 Stimmen verloren.

Im Wahlkreise Saarbrücken ist die Wahl voraussichtlich ungiltig, da Pfaehler nur mit 300 Stimmen Mehrheit gewählt ist und viele Hunderte von Stimmzetteln für ungiltig erklärt worden sind, weil der gedruckte Name durch einen andern ersetzt war.

Oberschlesien. Die ultramontane „Neisser Zeitung" macht auf das Anwachsen der Sozialdemokratie, namentlich in Oberschlesien, aufmerksam. Selbst katholische Arbeiter seien von sozialistischen Prinzipien angesteckt. Sie sagt voraus: Bei der nächsten Wahl wird der Zentrumskandidat in Neustadt, Leobschütz und Ratibor in die Stichwahl gedrängt! Gebt Euch keinen Täuschungen hin! — ruft sie aus. Von den im ganzen in Neustadt abgegebenen 2089 Stimmen gehören 671 den Sozialisten an. Ein Drittel von Neustadt, dieser Hochburg der Orthodoxie, ist also jetzt schon sozialdemokratisch gesinnt. Im Jahre 1884 wurden in Neustadt zum ersten Male sozialdemokratische Stimmen abgegeben, und zwar 70. In den Dörfern des Leobschützer Kreises hat die Sozialdemokratie auch schon vielfach Wurzel gefaßt.

Im Namen des Großherzogs haben viele Gemeindevorsteher von Amtswegen in Mecklenburg-Strelitz aufgefordert, konservativ zu wählen. Uns liegt im Original ein Brief des Schulzen in Wulkenzin vor, folgenden Inhalts: „An die Gemeinde Wulkenzin. Da morgen als am 20. Februar der Tag der Reichstagswahl von 10 bis 6 Uhr Nachmittags ist und eine freie Wahl ist. Ich Erinnere jeden, daß er sich bedenke, auf welchen er wählt, denn es könnte leicht sein, daß der freie landesherrliche Wille dadurch beschränkt würde und die Wohlthaten seiner Königlichen Hoheit unsern Großherzog dadurch zurück bleiben müssen darum folget alle seiner Königlichen Hoheit unsern Großherzog und Wählet alle den Oberhauptmann Kammerherrn von Oerzen auf Brunn. Wulkenzin, den 15. Februar 1890. J. Pasell. Der Zettel muß sofort rum besorgt werden." — Genau so wie vorstehend soll auch in dem Bauerndorf Glienke bei Neubrandenburg verfahren sein.

Hannover, 23. Februar. Wie das Wahlrecht von Arbeitern und Angestellten geachtet wird, und wie man diese zu hindern sucht, ihrer Ansicht bei der Wahl Geltung zu verschaffen und sie eventuell nachträglich zu strafen sucht, zeigt auch folgender Fall: In der Privat-Irrenanstalt zu Ilten bei Lehrte (Inhaber Geheimer Sanitätsrath Dr. Wahrendorff) hatte der Wärter Rademacher an einen andern Wärter Stimmzettel für den sozialistischen Kandidaten Warncke gegeben. Dieser „gute Kollege" hatte nichts Eiligeres zu thun, als jene staatsgefährliche That dem Herrn Direktor anzuzeigen, der dann seinerseits die volle Schaale seines Zorns über den armen Sünder ausgoß, der geglaubt hatte, daß auch er, obgleich er nicht Geheimrath, sondern nur Wärter sei, als Mensch und Staatsbürger das Recht habe, nach eigenem Gutdünken auf die Wahlen Einfluß zu üben. Und damit die Strafe nicht fehle und sich der Attrapirte für die Zukunft nicht wieder solche Gleichheitsgelüste einfallen lasse, setzte der Herr Direktor ihm einfach sofort den Stuhl vor die Thür und der Gemaßregelte mag nun weiter sehen, wie er anderswo ein Unterkommen findet.

Frankfurt, 25. Febr. Die sozialdemokratische Partei hielt heute Abend eine imposante Versammlung ab. Der große Saal des Zoologischen Gartens vermochte die in Schaaren Herbeiströmenden nicht zu fassen, so daß schon eine Stunde vor der angesetzten Zeit das Lokal abgesperrt werden mußte. Diejenigen, welche nicht hinein konnten, sammelten sich auf dem Platze vor dem Garten an, wo eine starke Polizeimacht aufgeboten war. Im Saale saßen wohl 2½ Tausend Mann auf eng gefügten Sitzen aneinander gereiht; die Galerie war nicht geöffnet. Die Versammlung nahm einen ruhigen und würdigen Verlauf. Den Vorsitz führte Herr Vetters. Die Hauptrede des Abends, reichlich 2½ Stunden dauernd, hielt Herr August Bebel, von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt. Derselbe charakterisirte zunächst die beiden in der Stichwahl einander gegenüber stehenden Parteien und kam dabei auf die in der Presse erschienenen Aufrufe zu sprechen, nach denen die Sozialdemokraten und ihre Kandidaten nichts weniger als Alles zu Grunde richten wollen. Den einen habe Eugen Richter schon vor zwölf Jahren verfaßt. **Darnach sei der sozialdemokratische Staat ein großes Zuchthaus; er** (Redner) erblicke im heutigen Staate ein Zuchthaus; von 100 Sozialdemokraten seien sicher 99 durch den Zwang der Verhältnisse in die Bewegung hineingekommen; der freie Wille sei im heutigen Staate eine Absurdität. Gegenwärtig sei die große Mehrheit des Volkes, die am härtesten zu arbeiten habe, am schlechtesten bezahlt, und die kleine Minorität werde, je weniger sie arbeite, um so reicher; zufrieden mit diesen Zuständen seien nur die auf der Höhe Stehenden. Bezüglich des zweiten Aufrufs, welcher Stellen aus einer Broschüre des Redners („Unsere Zukunft") vorführt, erklärt dieser, daß die zitirten Stellen, aus dem Zusammenhange herausgerissen, nicht den richtigen Sinn geben. Er habe nicht gesagt, daß es zu einer gewaltsamen Expropriation kommen werde, sondern erklärt, auf welchem Wege die Dinge schließlich zur Lösung kommen, hänge nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den Gegnern ab. Vor einem halben Jahre hätte Keiner geglaubt, daß ein deutscher Kaiser die Pariser Beschlüsse als Programm akzeptiren würde. Die Bourgeoisie, welche den Erlassen keineswegs freudig zustimme, möge sich doch an Miquel wenden, der vor 40 Jahren unter den Kommunisten war, oder an Prof. Biedermann, der vor 47 Jahren in einer Schrift erklärte, daß nicht nur der Sozialismus, sondern in weiterer Entwicklung auch der Kommunismus als die letzte Konsequenz des freiheitlichen Gedankens auf Verwirklichung zu rechnen haben. Redner bespricht eingehend die Leistungen des Kartellreichstages, des Angstproduktes, und geht besonders auf das Anwachsen der Militärlasten ein, die Haltung seiner Fraktion in der Annexionsfrage dabei streifend. Man müsse endlich erkennen, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unhaltbar erscheine. Daß das Reich in den letzten Jahren 1500 Millionen Schulden gemacht hat, sei ein ganz respektabler Fortschritt. (Heiterkeit.) Bei einem europäischen Kriege, auf den Alles hindränge, werden Massen in noch nie gesehener Stärke ins Feld geführt, ausgerüstet mit den fürchterlichsten Waffen. Man denke an die Folgen eines solchen Krieges für die Industrie, für die Familien der Einberufenen, an die Verhinderung der Ein- und Ausfuhr durch einen Seekrieg. Das wäre auch eine soziale Revolution, aber nicht von der Sozialdemokratie hervorgerufen. Das falsche nationale Ehrgefühl müsse abgeschafft, das internationale Schiedsgericht angestrebt werden. Dem deutlich ausgesprochenen Volkswillen werde die Regierung sich fügen müssen, ohne den Willen des Volkes kann auf die Dauer keine Regierung existiren, auch wenn sie über Millionen Bayonette verfügt; Bayonette sind, wie Talleyrand sagt, zu vielem gut, nur nicht dazu, daß man sich darauf setzt. Im nächsten Herbste wird die Partei beantragen, den einjährigen Dienst für alle Heerespflichtigen einzuführen. Hätte man dies Privileg den Reichen nicht gegeben, so hätte die Regierung den dreijährigen Dienst nie zugestanden erhalten. Redner kommt nun auf die einseitige Belastung der ärmsten Klassen durch die Lebensmittelzölle und die Zuwendung großer Vortheile an Reiche durch Branntweinsteuer, Rübenzuckersteuer ꝛc. zu sprechen. Von den Getreidezöllen profitiren Leute, welche von den Pastoren auf den Kanzeln den lieben Gott um gute Ernte bitten lassen, und dann das Volk durch solche Zölle schädigen. Die „Leipziger Zeitung" habe eine gute Ernte für ein Volksunglück erklärt. Die Kartelle, welche bisher einzelne Industriekreise zu ihrem Vortheil und zum Schaden des Volkes eingerichtet haben, sollte die Gesellschaft selbst zum allgemeinen Nutzen in die Hand nehmen. Als er in seiner Etatsrede im Reichstag sagte, die Staatsmaschinerie sei nur zum Nutzen der vermögenden Klassen da, und die Regierung nur ein Verwaltungsschutz für die Besitzenden, habe Minister Bötticher ihm zugerufen: sehr richtig! Redner unterzieht die neuen Sozialgesetze einer abfälligen Kritik und berührt dann die Stellung zum Zentrum; er hoffe, daß die katholischen Arbeiter Frankfurts der Aufforderung der hiesigen Zentrumspartei, sich der Abstimmung zu enthalten, nicht Folge leisten werden. Fort mit dem Kartell, wählen Sie den Sozialdemokraten!

Nachdem sich der stürmische Beifall gelegt, nimmt der Kandidat Herr Wilhelm Schmidt das Wort. Er erklärt, auf eine eigentliche Programmrede verzichten zu wollen, und giebt eine zum Theil humoristisch gefärbte Schilderung der letzten Wahlbewegung. Unter anderem erzählt er, daß in Kirchheim dem Antisemiten Böckel gestattet worden sein soll, am Fastnachtsdienstag eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Er schließt sich den Erklärungen Bebels an, hofft, daß die bürgerliche Demokratie ihre Zusage, für den Sozialdemokraten einzutreten, wieder halten werde, und setzt voraus, daß am Wahltage die Kartellbrüder alles vorhandene Fuhrwerk für den Stimmvieh-Transport heran zu ziehen suchen werden. Bei der neulichen offiziellen Zusammenstellung des Wahlresultats sei dem Wahlkommissar die Anberaumung des Stichwahltermins noch nicht bekannt, wohl aber den Kartellparteien, die bereits am Montag früh ihre Wahlzettel für den 28. Februar versandten. Diese Zettel ließ man nicht von Setzern, sondern von Lehrlingen herstellen, weil man Verrath befürchtete; die Lehrlinge haben es aber auch verrathen. Redner berührt noch einen Wahlbestechungsversuch in Friedberg-Büdingen ꝛc. und fordert zu reger Betheiligung am Wahltage auf. (Lebhafter Beifall.) Herr L. Emmel erinnert, wie vereinzelte Vorkommnisse am Abende des Wahltages im hiesigen nationalliberalen Blatte tendenziös aufgebauscht wurden, und ermahnte seine Genossen, am Stichwahltage ihre Siegesfreude zurück zu drängen und jede Unruhe zu vermeiden. Es gehe das Gerücht, daß an dem Tage das Militär konsignirt sein werde. — Um 11 Uhr wurde die Versammlung unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie, Bebel und Schmidt geschlossen.

Die schweizer Sozialisten und die deutschen Reichstagswahlen. Am 21. Februar Abends fanden sich die deutschen Sozialisten Zürichs in ihrem Lokale „Zum Schwanen" zur Entgegennahme der Wahlberichte ein. Der Saal und die Gänge waren Kopf an Kopf gedrängt voll, so daß von einem Sitzen gar keine Rede mehr war. Jeder angekündigte Wahlsieg der deutschen Sozialisten wurde mit stürmischem Jubel begrüßt.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Die Appreteure der Firma Hetschingk, Wassergasse Nr. 21, streiken, weil ihnen die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert werden sollte. Zuzug ist strengstens fern zu halten. Anfragen sind zu richten an Paul Altmann, Georgenkirchstr. 62, Hof Quergeb. 2. Et. — Montag, Abends 8½ Uhr, Versammlung im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstraße Nr. 75.

Ein sonderbarer Fall, der ein grelles Streiflicht auf die vielgerühmte Humanität der Löwe'schen Fabrik wirft, ist nachstehender. — Der Arbeiter H. bei Meister D. mußte am 20. d. M. nothwendig verreisen und erbat sich von dem betreffenden Meister für diesen Tag Urlaub und bekam denselben auch zugebilligt mit den Worten: „So nun gehen Sie man morgen Stimmzettel verbreiten"! Der Arbeiter H. versäumte nun aber Abends unverschuldeter Weise den Zug und konnte also am anderen Tage nicht arbeiten, er ging am 22. wieder zur Arbeit und entschuldigte sich bei dem betreffenden Herrn unter Klarlegung der Verhältnisse, wurde aber abgewiesen und entlassen. Wo bleibt da die Humanität, deren sich der Herr D. in der Versammlung in der Unions-Brauerei rühmte ??

Der Streik bei der Firma Siemens & Co., hier, Neuenburgerstr. 24, dauert unverändert fort. Wir ersuchen alle Kollegen den Zuzug fernzuhalten. Alle Anfragen sind zu richten an Joseph Hartmann, Reichenbergerstr. 73. Sammellisten sind zu haben bei Schmidt, Ritterstr. 112; Klein, Ritterstr. 15; Litfin, Reichenbergerstr. 23; Bauer, Reinickendorferstr. 48, bei Lenzner, sowie bei den Vorstandsmitgliedern des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins. Die Unterstützungs-Kommission der Metallarbeiter Berlins und Umgegend. J. A.: E. Bauer. Reinickendorferstr. 48.

...befindet, so wird der Wunsch, ihn zu sehen, zur gebieterischen Nothwendigkeit.

Bonaparte grüßte kalt, während seine Frau, die schon ... aber immer noch anmuthig, Jedem zulächelte.

— Oh, die hübschen jungen Mädchen, rief sie beim Anblick der beiden Freundinnen.

General Tricot trat näher und bat um die Erlaubniß, ...vorstellen zu dürfen.

Bonaparte machte eine ungeduldige Bewegung; dann stellte er, seiner Gewohnheit folgend, Alles für sich auszunutzen, Fragen über Fragen an den General.

— Das ist ja ein vollständiger Roman, wiederholte Josephine, als sie die Geschichte der kleinen Herzogin vernommen. Oh, armes Kind, was hast Du ertragen müssen!

— Sie ist hübsch wie ein Engel, Bonaparte. General, Sie werden mir Ihre Schützlinge zuführen. Ich werde ... Arbeit geben. Auf Wiedersehen, meine Damen!

Bonaparte richtete seinen hellen, durchdringenden Blick auf die Mädchen.

— Die beiden Rassen, murmelte er.

Er winkte Cadet Tricot.

— Sie werden von Fouché einen Bericht über dieses ... verlangen. Es soll seine Titel wieder haben, die ... mir mittheilen werden. Seine Güter sind sicher konfiszirt? Ich will alles darüber wissen — morgen. Sie sind verheirathet, General? Heirathen Sie nicht! Ich habe ... mit Ihnen!

Cadet verbeugte sich.

Er sah sich im Fortgehen nach den beiden Mädchen um. Henriette wartete mit ihrer ruhigen Miene, während Jenny mit gerötheten Wangen und blitzenden Augen dastand.

— Ich weiß nicht, warum mir mein Herz so schwer ist, sagte sie zu ihrer Freundin. Es ist uns nur Glückliches begegnet und dennoch möchte ich weinen!

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Freitag, den 28. Februar.

Opernhaus. Fidelio.
Schauspielhaus. Der Winkelschreiber. Vorher: Die Prüfung.
Lessing-Theater. Die Ehre.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Der Hypochonder.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Berliner Theater. König Lear.
Deutsches Theater. Ehrenschulden. Der Tartüff.
Ostend-Theater. Der Fall Clémenceau.
Residenz-Theater. Marquise.
Belleallianc-Theater. Im Austragstüberl (im Altentheil).
Königstädtisches Theater. Der Hüttenbesitzer.
Central Theater. Ein gemachter Mann.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldfuchs.
Theater der Reichshallen. Spezialitätenvorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Das
Alhambra-Theater
Wallnertheaterstraße 15
ist an
Vereine, Gesellschaften rc.
mit sämmtlichen Nebenräumen, **Bühne, Tunnel** rc.
zu **Festlichkeiten** zu vergeben.
Näheres zu erfragen im Theater-Bureau.

American-Theater
Dresdenerstraße 55.
Täglich Vorstellung.

Cirkus Renz.
Karlstraße.
Heute, Freitag, den 28. Februar, Abends 7½ Uhr:
Zum 38. Male:
Deutsche Turner.
(Gesetzlich geschützt.)
Große nationale Original-Pantomime. Ein hippol. Potpourri ausgeführt von 40 Freiheitspferden von Franz Renz.
Zum dritten Male:
Doppel-Ringkampf
zwischen den Schimmelhengsten Mignon, und Dabany von Herrn Franz Renz. 4-fache Fahrschule. Auft. d. vorzügl. Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Auftreten der Schulreiterin Frl. Clotilde Hager.
Morgen Sonnabend: Gala-Vorstellung: Deutsche Turner.
Sonntag 4 Uhr Nachm. 1 Kind frei. Auf vielseitiges Verlangen: Aschenbrödel. Abends 7½ Uhr: Deutsche Turner.
E. Renz, Direktor.

Circus Wulff.
Friedrich Carl-Ufer.
Sonnabend, den 1. März 1890:
Eröffnungs-Gala-Vorstellung
mit ausgewähltem Programm.
Erstes Auftreten des Dir. Ed. Wulff. Vorführung der von ihm in seltener Vollkommenheit dressirten prachtvollen Race-Pferde. Erstes Auftreten der hervorragendsten Reitkünstler und Reitkünstlerinnen, Equilibristen, Malabaristen, sowie Clowns verschiedenster Nationalitäten, unter denen die typische Figur des „August" nicht fehlt.
Näheres bringen die Affichen.
Anfang der Vorstellung: präzise 8 Uhr.
Sonn- und Feiertage 4 und 8 Uhr.

---

21. Unter den Linden 21.
Im Hause der Wilhemshallen neben der Passage.
Heute, Donnerstag, den 27. Febr.:
Ben-Ali-Bey's
Vorstellung in der
egyptischen und indischen Magie. 1431
Einzig in seiner Art.
Anfang 7½ Uhr. Billets à 3, 2 und 1 Mark, im Invalidendank u. Abends an der Kasse.

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Schlösser Königs Ludwig, **Linderhof** und **Berg.**
Hochinteressant: **Hertha-Reise.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Dem Herrn **Max Kreutz** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß der „Alte Packhof" im Kupfergraben rutscht.
Dieses wünschen seine Freunde.
J. V. **Benjamin Stubbe,** 1641
Kand. im 7. Wahlk. m. 000 000 St. gew.

Für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formermeisters 1657
Carl Kurzmann,
sage allen Freunden und Bekannten, sowie seinen Kollegen der Salinger'schen Eisengießerei, ferner dem Fachverein der Former, dem Vorstädtischen Turnverein und insbesondere den Herren Gebrüder Salinger und Herrn Prediger Burkhart meinen innigsten Dank.
Ww. Kurzmann nebst Kindern.

Achtung Tischler!
Die Kollegen der Werkstatt von Seifert u. Wolf, Fruchtstr. 36, **legten wegen Missstände, welche in der Werkstatt herrschen, heute sämmtlich, ausser 1 Tischler und 1 Polier, die Arbeit nieder. Die Kollegen werden ersucht dies zu berücksichtigen. Es streiken 20 Tischler, 3 Drechsler und 2 Poliere.** 1652
Im Auftrage
die Werkstatt-Kontrol-Kommission des Fachvereins d. Tischler.

Achtung!
Die **Appreteure** der Firma **Hetschingk, Wassergasse 21,** streiken, weil ihnen die Arbeitszeit **eine halbe Stunde verlängert** werden sollte. **Zuzug ist strengstens fern zu halten.** Anfragen sind zu richten an **Paul Altmann, Georgenkirch-Strasse 62,** Hof Quergeb. 2 Tr. 1653
Montag, Abends 8½ Uhr, im Vereinshaus **„Süd-Ost",** Waldemarstraße 75:
Versammlung.
Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Fachverein der Tischler.
Montag, den 3. März, Abends 8½ Uhr, in **Jordan's Salon,** Neue Grünstraße 28: 1647
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag. Diskussion. Verschiedenes. Beschlußfassung über eine demnächst stattfindende außerordentliche Generalversammlung.
Der Vorstand.

Fachv. der Putzer Berlins.
Sonntag, den 2. März, Vorm. 11 Uhr, in den **Bürgersälen,** Dresdenerstr. 96: 1637
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Organisation und Agitation. Ausgabe des neuen Lohntarifs. Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes und Fragebeantwortung.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der in Buchbindereien und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
am **Montag,** den 3. März, Abends 8½ Uhr, im Konzerthause **Sanssouci,** Kottbuserstraße 4a. 1648
Tagesordnung:
1. Bericht der 15er-Kommission betr. die bisherige Stellungnahme d. Kollegen Berlins zur Neunstunden-Bewegung.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die 15er-Kommission.
J. A.: **H. Kessel.**

Zinkgießer und Stürzer.
Sonntag, den 2. März, Vormittags 9 Uhr, in **Stehmann's** Bierhaus, **Melchiorstr. 15:** 1632
Gemüthliches Beisammensein.

Englischer Garten
Alexanderstraße 27c.
Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Mertens.**
Auftreten des Gesangs-Humoristen Hrn. **Kalnberg.**
Auftreten der Kostüm-Soubrette Frl. **Lina Solar.**
Auftreten der Familie **Grosse-Doerington** in ihren Staunen erregenden, unübertroff. Leistungen.
Auftreten der vorzüglichen u. beliebten Duettisten **Gebr. Mundl.**
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf.
Sonntags Anfang halb 6 Uhr.
Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark.
Vorverkauf Entree 40 Pf.

Die **Genossen Berlins** werden ersucht, am Tage der Stichwahlen etwaige Arbeitskollegen, welche Wähler des **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Wahlkreises** sind, zu veranlassen, ihr Wahlrecht auszuüben.
Das Zentral-Wahlkomitee,
1650 J. A.: **Fritz Mielenz.**

Allen Männern der Arbeit
empfehle ich mein **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.** Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß das Ergebniß der morgen stattfindenden Stichwahlen bei mir am ersten zu erfahren ist. Mehrere Arbeiterzeitungen, sowie der „Achtstundentag" liegen aus. 1645
W. Haugk, 22 Weinstr. 22.

Empfehle mein **Bierlokal** sowie Arbeiter-Lesezimmer; sämmtliche Gewerkschafts-Organe liegen aus.
Emil Böhl,
1812 Frankfurter Allee 74.

Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin, Oranienstr. 158.
Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** imit. Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mark.
Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Masken-Garderobe
von
F. Stenzel,
Dresdenerstraße 118 (früher Nr. 21), empfiehlt sich 516
den Vereinen, sowie Lesern des „Berl. Volksbl." Reichste Ausw., bill. Preise.

Bei pünktlicher Lieferung empfehle ich das **„Berliner Volksblatt"** und **„Berl. Volks-Tribüne".**
Max Kirsch,
Zeitungs-Spediteur.
1608 **Ritter-Strasse 107, I.**

Echten
Nordhäuser Korn
à Fl. excl. 75 Pf.
Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf.
Ingberliqueur, beste Magenmedizin 90 Pf.
empfiehlt die Groß-Destillation von
Lettau & Keil, Sophienstr. Nr. 12,
an der Rosenthalerstraße.
Geschäftsschluß Abends 8 Uhr.

Den Genossen halte ich meine
Masken-Garderobe
bei Bedarf bestens empfohlen.
Größte Auswahl! Bill. Preise.
Vereinen Preisermäßigung.
Fr. Panknin, Oranien-Strasse 178, **Adalbertstr. 93.**

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Platze bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am
1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt.

Sophabezüge-Reste,
6½–15 Meter, unterm Kostenpreis
Fabriklager **Zimmerstrasse 86,** H. prt

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Sichere Brotstelle.
Eine gute Landschmiede
ist umständehalber preiswerth zu verkaufen. Vom wem? sagt die Expedition d. Bl. 1634

Abonnements-Annahme
für das **„Berliner Volksblatt"** rc. 1 M. beim Selbstabholen. 1626
Carl Möcke, Elsasserstr. 97.

Kalbfleisch 1651
Brust 35 u. 40 Pf., Keule 40 u. 45 Pf., **täglich, Auguststr. 50a,** im Keller.

---

2 gr. öffentl. Wähler-Versammlungen
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Freitag, den 28. Februar,
Abends 8½ Uhr,
1. **Tivoli-Brauerei am Kreutzberg.** Ref.: **Vogtherr.**
2. **Union-Brauerei, Hasenhaide 5–7.** Ref.: **Alb. Schmidt.**
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stichwahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer**
1644 Ernst Wilschke, Junkerstr. 1.

---

3 große öffentliche
Wähler-Versammlungen
des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Freitag, den 28. Februar,
Abends 8½ Uhr,
1. **in Jordan's Salon, Neue Grünstrasse 28,**
2. **in Scheffer's Salon, Inselstrasse 10,**
3. **in Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a.**
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stichwahlen. Referenten werden in den Versammlungen bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
1646 **Das Wahlkomitee.**

---

2 gr. öffentl. Wähler-Versammlungen
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Freitag, 28. Februar, Abends 8 Uhr.
Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Stichwahlen.
1. Im Saale der Brauerei Friedrichshain.
Referent: Curt Baake.
2. Im Saale der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.
Referent: R. Baginski.
In beiden Versammlungen findet Tellersammlung statt.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Franz Biedemann, Fritz Post,
1640 Schönhauser Allee Nr. 70e. Friedrichsbergerstr. 28.

Große öffentl. Wähler-Versammlung
für Rixdorf und Umgegend
Freitag, d. 28. Februar, Abends 8 Uhr, in Niegel's Salon
Bergstrasse 129.
Tages-Ordnung: 1. Am Abend vor der Stichwahl. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Wählers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Da das Resultat am Sonntag, den 2. März, in demselben Lokal bekannt gemacht wird, ersuchen wir die Vertrauensleute aus allen Orten, sich daselbst einzufinden.
1643 **Der Einberufer.**

Aufforderung!
Alle Genossen und Arbeiter, welche am Tage der Wahl, sowie vorher im **II. Wahlkreise** thätig sein wollen, werden ersucht, sich an folgenden Stellen zu melden resp. am Tage der Wahl dorthin bemühen
für den Süden bei **Hense,** Prinzen- und Gitschinerstraßen-Ecke,
„ „ Südwesten bei **Scheuer,** Gneisenau- u. Schleiermacherstr.-Ecke,
„ „ „ **Zechlin,** Hornstr. 11;
„ „ Westen bei **Böhland,** Bülowstr. 52;
„ Friedrichstadt bei **Schulz,** Puttkamerstr. 13, und bei dem Wahlkomitemitglied **Wilschke,** Junkerstr. 1;
außerdem im **Zentral-Bureau, Bock-Bierbrauerei** bei **Wilschke.**
Alle Mann am Platz, seht den Sonnabend als Feiertag an, zum Kampf! der Sieg ist unser im 2. Wahlkreis.
E. Wilschke, Junkerstr. 1.

Ausstellung
der Fachschule der Malergehilfen Berlins
findet am
Sonntag, den 2. März, Nachmittags 4–8 Uhr,
in der Aula der Gemeindeschule, Schlesischestr., statt.
Alle Freunde und Kollegen sind hiermit freundlichst zum Besuch eingeladen.
Die Fachschulkommission.

Berliner Adler-Brauerei
Aktien-Gesellschaft
begann mit dem Versand ihres **Bock-Bieres**
in **Gebinden** und in **Flaschen**
am Sonntag, den 23. Februar 1890.
Telephon-Amt 3, Nr. 1608.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins. **Andreasstr. 23.**

Marienburgerstr. 29 sind Wohnungen v. 1, 2, 3 Stuben rc. v. 265–750 M. sofort zu vermiethen. 1616

Schöne Wohnungen mit Wasserleitung und Kloset: Stube und Küche 50–66, 2 Stuben u. Küche 70–80 Thlr. per 1. April Rixdorf, Prinz Handjerystraße 50, nahe der Vereinsbrauerei.

Ein **möbl. Zimmer** sep. billig für zwei Personen bei **Blum,** Wrangelstraße 10, 2 Tr. 1596

Kräftigen Mittagstisch zu 50 Pf. empf. Restaurant **Carl S...**, Wrangelstr. 130.

Arbeitsmarkt.
Arbeiterinnen auf **Tricotagen** Mittelgenres, die Posten liefern ... finden dauernde Beschäftigung **Albert Böhlendorff,** Seidel...

Tüchtige Drechslergesellen für **Hartgummi** verl.
Louis u. M. Loewenstein,
Sophienstr. 8.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu eine Beilage.**

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 50. Freitag, den 28. Februar 1890. 7. Jahrg.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung den 27. Februar 1890.

Vorsteher Dr. Stryck eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Zunächst werden die neugewählten Mitglieder Maibauer und ...es, welche bisher durch Krankheit am Erscheinen verhindert ..., in der üblichen Weise eingeführt. Der Vorsteher zeigt ... an, daß das jüngste Mitglied der Versammlung, Stadtv. ...mann, am 23. d. M. verstorben ist; der Vorsteher widmet ... Verstorbenen ehrende Worte des Nachrufs, während die Versammlung sich von ihren Plätzen erhebt.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Vorlage, betreffend ...sorge für die Wittwen und Waisen der besoldeten Gemeinde... und Lehrer, über welche Stadtv. Spinola Bericht ... Der Ausschuß hat sich im Wesentlichen mit den ...gen des Magistrats einverstanden erklärt. Es soll für Berechnung der Wittwen- und Waisengelder nicht das Gehalt, ... die Pension des Mannes, bezw. Vaters maßgebend sein ... soll das Wittwengeld ⅓ der Pension, das Waisengeld, falls die Mutter lebt und zum Bezuge von Wittwengeld berechtigt ist, ⅕, für Ganzwaisen dagegen ½ der Wittwenpension ... Während ferner ein Pensionsanspruch erst nach einer ...brochenen 10jährigen Dienstzeit in der städtischen Ver... erworben werden kann, soll das Wittwen- und Waisengeld ... nach Verlauf einer 5jährigen Dienstzeit gewährt werden. ... in diesem Falle die im Statut vorgesehenen besonderen ...ungen der Pension ein. Falls ein Beamter nach den in ...ischen Verwaltung geltenden Grundsätzen nicht pensions... sein sollte, so wird die Wittwenpension und das Waisen... nach der fingirten Pension berechnet. Den Minimalbetrag ...engeldes hat der Magistrat auf 250 M., den Maximal... auf 2000 M. normirt, während der Staat in minimo ... M., in maximo nur 1600 M. gewährt. Der Ausschuß ... der Erhöhung des Minimal- und Maximalbetrages des ...geldes auf 300 M. und auf 2100 M. einverstanden. ... dem Ortsstatut sollen die Mitglieder der Anstalt ...en 6 Wochen nach Veröffentlichung des neuen Orts... erklären, ob sie unter Aufgabe der erworbenen ... der neuen Regelung sich anschließen wollen. Der ... schlägt vor, diesen Termin auf drei Monate zu ver...

Stadtv. Dr. Schwalbe spricht sich gegen die Annahme ...ge aus, da die Mitglieder sich bei der neuen Regelung ... stehen würden, wie bei der alten. Der Redner stellt ... den Antrag, die Versammlung möge bestimmen, daß ...wengeld nicht in dem dritten Theile der Pension ...benen Mannes, sondern in drei Fünfteln bestehen ... Außerdem schlägt Redner vor, in einer Resolution fest..., daß die bisher bei der Pensionirung gebräuchlichen An...gen früherer Dienstzeit statutarisch in Anrechnung kom...

Stadtsyndikus Zelle hält die Ausführungen des Vorredners ... zutreffend, da derselbe besonders nicht erwähnt habe, ... Pensionsberechtigung der städtischen Beamten früher ein... wie bei den Staatsbeamten.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, wobei die Anträge Stadtv. Dr. Schwalbe abgelehnt und diejenigen des Ma... angenommen werden.

... folgt die Beantwortung der Anfrage des Stadtv. Klein ...ossen, betreffend die Anzahl und Einrichtung der Lokale, ... die Reichstags-Wählerlisten ausgelegt worden sind.

Stadtv. Klein tritt als Redner auf und erklärt, daß er und ... Genossen sich zu der Anfrage veranlaßt gesehen, weil ... in Betreff des fraglichen Gegenstandes schwere ...stände gezeigt hätten, von denen besonders die Arbeiter be... worden seien. Die Lokale hätten hinsichtlich ihrer Zahl ... Größe dem Bedürfnisse nicht entsprochen, viele Arbeiter, ... die Wählerlisten einsehen wollten, mußten des großen An...wegen hiervon Abstand nehmen, in der Tonhalle habe ... sogar ein Fenster als Durchgang benutzen müssen, da die ... den Verkehr nicht zu bewältigen vermochte. Es sei drin... zu wünschen, daß der Magistrat Maßregeln treffe, um einer ...holung derartiger Vorkommnisse vorzubeugen.

Stadtrath Schreiner erklärt Namens des Magistrats, ... der letztere von diesen Beschwerden keine Kenntniß ... hat. Nach Eingang der Anfrage sind Ermittelungen ... worden und diese haben ergeben, daß sich die Geschäfte ...sehens der Wählerlisten überall mit Ruhe vollzogen haben, ...nahme eines Sonntags in der Tonhalle, wo der Andrang ... gewaltiger war und die einzige Thür nicht Raum genug ... Ein- und Ausgehen für die andrängenden Massen bot. In ... Falle habe der Aufsichtsbeamte durch Aushebung eines ... einen Abfluß geschafft.

... folgt die Vorlage, betr. den Stadthaushalt-Etat pro ...il 1890/91.

Stadtkämmerer Maaß nimmt hierzu das Wort: Es ... ihm zur Freude und Genugthuung, daß er seinen ... mit der Erklärung beginnen könne, daß unsere ...finanzlage eine gute, gesunde und sichere sei. Der ... schließt in Einnahme und Ausgabe mit einer Summe ab, ... das Budget des Königreichs Sachsen um annähernd ...illionen übersteige. Der gewohnte Satz von 100 pCt. der ...kommensteuer habe auch diesmal gereicht trotz des Ausfalls ... Stufe der Einkommensteuer und Herabsetzung der Miethssteuer. Den städtischen Arbeiter habe man in Betreff der Löhne aufzubessern vermocht, in allen Zweigen der Verwaltung habe ... Lohnerhöhung stattgefunden. Mehrausgaben habe be... die Bauverwaltung verlangt und hierbei haben be... die Pflasterungskosten mitgesprochen. Er sei der Ansicht, ... so schnell wie möglich mit dem alten Pflaster vollständig ...räumt werde, um ein einheitliches herzustellen. Der Magi... schlägt ferner vor, daß der Bau zwei neuer höherer Bürger... aus den laufenden Einnahmen bestritten werden soll und ... der Magistrat auch wisse, daß es nicht mit den Grundsätzen ... Versammlung harmonire, derartige Schulbauten aus ...mitteln herzustellen, so hoffe er doch diesmal ... eine Ausnahmebewilligung, da die Stadt aus dem ... in diesem Jahre eine außerordentlich große Einnahme ... Im Uebrigen empfehle er den Etat dem Wohlwollen der ...mlung und sei zu jeder ferneren Auskunft gern bereit.

Die weitere Berathung des Etats wird jetzt unterbrochen und ... Neuwahl des Oberbürgermeisters vorgenommen. ... wurden abgegeben 99 Stimmen, wovon 7 Stimmzettel unbe..., also ungiltig waren. Von den übrig bleibenden Stimmen fielen 85 Stimmen auf den bisherigen Oberbürger... v. Forckenbeck, 6 auf Bürgermeister Duncker und ... Träger.

Oberbürgermeister v. Forckenbeck ist somit auf zwölf Jahre ...gewählt, bei einem Gehalt von 30 000 M. einschließlich der ...chen Zulage.

Zur Fortsetzung der Berathung über den Etat nimmt sodann Stadtverordnete Meyer I das Wort. Der vorliegende Etat ... ein sehr erfreuliches Gesammtbild nicht blos in materieller, sondern auch in formeller Beziehung, denn derselbe zeichne sich durch eine dankenswerthe Klarheit, Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit aus. Die soeben stattgehabte Wahl ehre nicht nur den Gewählten, sondern auch den gesammten Magistrat, dessen Spitze er sei. (Beifall.) Angenehm berühre es, daß die Stadt im nächsten Jahre besonders große Unternehmungen nicht plane, sondern nur das Begonnene fortsetzen wolle. Erfreulich sei ferner, daß wiederum 65 pCt. sämmtlicher Steuern im wesentlichen der ärmeren Bevölkerung zu Gute gekommen seien. Weniger angenehm sei es dagegen, daß die Kohlenpreise einen so erheblichen Aufschlag erfahren, wodurch die Ueberschüsse der Gasanstalten einen wesentlichen Rückgang erfahren dürften. Auch mit der Erhöhung des Dispositionsfonds könne man sich einverstanden erklären, denn Berlin könne immer als Reichshauptstadt zu außerordentlichen Ausgaben veranlaßt werden. Dagegen könne man sich mit dem Vorschlage, die beiden höheren Bürgerschulen aus den laufenden Einnahmen zu beschaffen, nicht befreunden, es liege durchaus keine Veranlassung vor, von den bisher beobachteten abzuweichen. Vielleicht lasse sich die Einkommensteuer durch die jetzige günstige Finanzlage etwas herabdrücken, er und seine Freunde könnten aber hierzu nicht rathen, denn die fetten Jahre müßten die mageren ausgleichen.

Stadtv. Wieck bedauert, nicht in allen Punkten den Vorrednern beistimmen zu können. Ein guter Etat dürfe einen so großen Ueberschuß nicht aufweisen, sondern müßte einigermaßen mit den gemachten Ansätzen stimmen. Er könne die Wirthschaft mit großen Ueberschüssen, wie sie sich in den letzten Jahren herausgebildet, nicht für eine glückliche halten. Die Einnahmen müßten doch überschätzt worden sein und auch der vorliegende Etat sei auf Ueberschüsse geradezu zugeschnitten. Er finde es garnicht für nothwendig, daß die Einkommensteuer von 100 pCt. zu einer traditionellen werden müsse, sondern man könne bei der guten Finanzlage wohl eine Herabminderung verlangen, die besonders den Minderbegüterten zu Gute kommen würde.

Kämmerer Maaß bestreitet, daß der Etat auf Ueberschüsse zugeschnitten sei.

Stadtv. Vogtherr (Arb.-Partei) hält es in erster Linie für angezeigt, daß die Ueberschüsse dazu verwendet werden, die ärmeren Klassen von der harten und ungerechten Miethssteuer zu befreien. Die bisherige Ermäßigung sei kaum der Rede werth und ebenso seien die so vielfach hervorgehobenen Lohnerhöhungen keineswegs von einer besonderen Bedeutung für die davon Betroffenen, denn die schlechte Lage, in der sich diese Leute befänden, sei zum großen Theil durch die vielen indirekten Steuern und die allgemeine Vertheuerung der Lebensmittel verursacht. Bei dieser schlechten Lage spiele die Lohnerhöhung gar keine Rolle. Er und seine Freunde hätten spezielle Wünsche, die sie bei den einzelnen Zweigen vorbringen würden. So seien die jüngeren Kräfte bei der Straßenreinigung zu beschränken. Auch könne er sich mit der Anschwellung des Dispositionsfonds und die Inaussichtnahme der Verwendung desselben zu Repräsentationskosten nicht einverstanden erklären. So seien beispielsweise hunderttausende zur Herstellung einer Feststraße geopfert worden. Er sage dies nicht aus antimonarchischen Gründen, sondern besonders im Interesse der Sparsamkeit und weil er nicht nur seine eigene Ueberzeugung zu vertreten habe, sondern auch diejenige seiner Wähler.

Der Etat wird sodann dem Etats-Ausschusse überwiesen. Alle übrigen Gegenstände sind ohne Interesse. Schluß 8¾ Uhr.

Lokales.

Sämmtliche Listenführer werden ersucht, am Sonnabend, dem Tage der Stichwahl, frühzeitig sich in ihr Wahllokal zu begeben, da von gewisser Seite beabsichtigt wird, die besten Plätze in den Wahllokalen vor Anfang des Wahlaktes zu besetzen.

Aufforderung. Alle Genossen, welche am Tage der Wahl, sowie vorher, im 2. Wahlkreise thätig sein wollen, werden ersucht, sich an folgenden Stellen zu melden resp. am Tage der Wahl sich dorthin bemühen:

für den Süden bei Hense, Prinzen- und Gitschinerstraßen-Ecke;
für den Südwesten bei Scheuer, Gneisenau- und Schleiermacherstraßen-Ecke;
für den Südwesten bei Zechlin, Hornstraße 11;
für den Westen bei Böhland, Bülowstraße 52;
für die Friedrichstadt bei Schulz, Puttkamerstraße 13 und bei dem Zentral-Komiteemitglied Wilschke, Junkerstraße 1;
für den Südwesten bei Sedlaczek, Zossener- und Fürbringerstraßen-Ecke;

außerdem am Wahltage im Zentralbureau, Bockbrauerei, bei Wilschke. Alle Mann am Platz, betrachtet den Sonnabend als Feiertag! Auf zum Kampf, der Sieg ist dann unser im zweiten Wahlkreis!

3. Wahlkreis. Genossen, die am Tage der Stichwahl für die Wahl des Kandidaten der Sozialdemokratie, Wildberger, thätig sein wollen, mögen sich am Sonnabend früh 8 Uhr im Restaurant Gründel, Dresdenerstraße 116, einfinden. Alle diejenigen, die sich schon in den Tagen vorher zur Verfügung stellen können, mögen sich melden

bei Maurer, Werner u. Co., Sebastianstr. 72;
" Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 108;
" Wettermann, Buckowerstr. 12, vorn Keller;
" Gottfr. Schulz, Zigarrenhandlung, Admiralstr. 40a;
" Schweizer, Zigarrenhandlung, City-Passage;
" Wildberger, Tapezirer, Kommandantenstr. 60.
" Meyer, Fürstenstr. 2, 4 Tr. bei Kuhla;
" Haberland, Reichenbergerstr. 161, v. 2 Tr.;
" Fehlhauer, Reichenbergerstr. 6, Hof part.;
" Jackowski, Simonstr. 5, 4 Tr. bei Schaar;
" Müller, Schmidtstr. 39.

Fünfter Wahlkreis. Der Sieg im 5. Wahlkreis ist unser, wenn eine energische Agitation entfaltet wird. 10 000 Wähler haben im ersten Wahlgang ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Die Säumigen müssen herangeholt werden. Es fehlt uns noch an geeigneten Kräften. Genossen, die am Tage der Wahl und vorher thätig sein wollen, mögen sich bei folgenden Herren melden:

Alb. Auerbach, Kottbuser Damm 7;
Fritz Berndt, Strelitzerstr. 29, 2 Tr.;
Curt Baake, Rückerstr. 6, part.;
W. Leuschner, Sophienstr. 26/27, H. Querg. 2 Tr.;
R. Baginski, Buchhandlung, City-Passage;
Gabbert, Schuhmacher, Luisenstr. 21, 1. H. l. 1 Tr.;
Fritz Post, Friedrichsbergerstr. 22, vorn 4 Tr.;
H. Gajewski, Georgenkirchstr. 20, Querg. 2 Tr.
Emil Fritsche, Schlosser, Invalidenstr. 38, 1. Hof 3 Tr., bei Brosin.

Am Tage der Wahl befindet sich das Zentral-Wahlbureau wiederum Weinmeisterstraße 6, Restaurant Klitzke. Auch dort können sich Genossen, die helfen wollen, um 8 Uhr früh melden.

Ueber den Grundbesitz in Berlin und dessen Hypotheken- und Miethsverhältnisse hielt Herr Ed. Wallach, der Schriftführer des „Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine“ und Inhaber der Hypothekenstube des Bundes, im vorgenannten Verein einen für die weitesten Kreise sehr interessanten Vortrag. Seinem Vortrage legte der Referent eine die letzten 25 Jahre umfassende Statistik des Grundbesitzes in Berlin unter, die er auf Grund des amtlichen Materials des königlichen statistischen Amtes ausgearbeitet hat und die somit unantastbare Zahlen angiebt. Darnach gab es in Berlin im Jahre 1865 rund 14 000 Häuser mit 140 071 Wohnungen (also pro Haus zu 10 Wohnungen), welche einen Gesammtwerth von mehr als 966½ Millionen Mark repräsentirten. Die Hauptstadt zählte damals zirka 600 000 Einwohner. Von diesen 14 000 Häusern, von welchen ein großer Theil nur die Bezeichnung „Hütte“ verdiente, sind indessen im Laufe der 25 Jahre zirka 10 000 den gesteigerten Ansprüchen an Behaglichkeit der Wohnräume zum Opfer gefallen. Neue Häuser sind entstanden, von größerem Umfange, deren jedes im Durchschnitt jetzt 17 Wohnungen aufweist. Es steht deshalb die jetzt vorhandene Anzahl der Häuser mit der seit 1865 erfolgten zweieinhalbfachen Vermehrung der Bevölkerung nicht im Einklang, wohl aber die der Wohnungen, an welchen sogar ein Ueberschuß vorhanden ist. Im Jahre 1889 wies Berlin nach dieser Statistik 22 400 Häuser mit 385 000 Wohnungen auf, welche einen Gesammtwerth von ca. 5321 Millionen Mark repräsentiren. Die Hypothekenlast bezifferte sich auf 3 Milliarden Mark; der heutige Grundbesitz weist somit noch ein unverschuldetes Kapital von 2¼ Milliarden Mark nach. Diese Ansammlung unverschuldeten Kapitals, das seit 25 Jahren von 214½ Millionen Mark bereits auf 2 Milliarden 221 Millionen Mark angewachsen ist, dürfte wenig geeignet sein, die Klagen der Grundbesitzer zu unterstützen. Auch der Rückgang der Subhastationen weist eine Besserstellung der heutigen Grundbesitzer gegen vor 25 Jahren nach, dieselben haben sich 1889 auf nur 60 beziffert. Die freiwilligen Verkäufe stiegen dagegen auf 2800. Der Miethsertrag repräsentirte im vorigen Jahre die Summe von 256 Millionen Mark; dabei standen 12 000 Wohnungen oder 3,12 pCt. leer und dieser Prozentsatz soll sich in diesem Jahre nach den Ermittelungen des Bundes noch so erhöht haben, daß der „Bund der Grundbesitzervereine“ im Interesse der Grundbesitzer von der Veröffentlichung derselben Abstand nehmen will, um nicht dadurch einen Rückgang der Miethspreise herbeizuführen. Einen recht lehrreichen Einblick in die Steigerung der Grundstückspreise bietet in dieser Statistik der spezielle Nachweis pro Haus. Im Jahre 1865, also vor 25 Jahren, stellte sich in Berlin der Preis eines Hauses auf 41 620 Mark an Bodenwerth und 54 190 M. an Feuerkasse (Bauwerth) = 95 810 M., die Hypothekenlast stellte sich auf 53 700 M. und der Miethsertrag auf 4 469 M. Jetzt, nach 25 Jahren, ist der Bodenwerth eines Grundstücks fast auf das Dreifache, nämlich auf 114 000 M. gestiegen, der Feuerkassenwerth hat sich auf 124 000 M. erhöht, die Hypothekenlast demzufolge auf 140 000 Mark und der Miethsertrag auf 11 428 M.

Und dabei klagen die Hausbesitzer, daß es einen Stein erweichen könnte.

Im Architektenhause sprach vorgestern vor einem zahlreichen Herren- und Damenpublikum Herr Dr. Rudolf Falb über „Erdbeben“. Wir skizziren den anregenden Vortrag in folgendem: 1868 kam der Mond am 7. Februar der Erde näher, als sonst durchschnittlich der Fall ist. Darum mußte auch der Einfluß des Mondes auf Fluth und Ebbe größer werden. Meine Rechnungen bestätigten sich, insbesondere traten große Ueberschwemmungen an der süd-englischen Küste ein. Nun fielen mir auch die zahlreichen gleichzeitigen Erdbeben auf. Folgt also auch die Lava im Erdinnern der Anziehungskraft des Mondes? Da Mitte August desselben Jahres noch einmal eine solche Annäherung des Mondes eintrat, ließ sich die Probe machen, und die gesagte Vermuthung bestätigte sich in auffallendster Weise. Drei von einander unabhängige Katastrophen traten in diesen Tagen ein, eine in den Annalen der Erdbeben unerhörte Erscheinung. Nunmehr ging ich an das Studium der Erdbeben in der Vergangenheit. In der That fanden Erdbeben meist dann statt, wenn auch große Bewegungen des Meeres vorkamen. Ich hatte die Grundlagen meiner neuen Erdbeben-Theorie. Wieder sagte ich für Oktober 1869 Erdbeben während der Fluthkonstellation des Mondes voraus. Zentren waren Koblenz, Orte in Oesterreich, Columbien, der Krim. Es war ein förmlicher Erdbeben-Paroxismus. Der Einfluß des Mondes war beinahe bis zum Grade der Gewißheit bewiesen. Wenn nun Erdbeben eine Art Fluth und Ebbe im Erdinnern sind, was geht dann im Erdinnern während der Erdbeben-Erscheinungen an der Oberfläche vor? Es giebt drei Bewegungstypen, in dreierlei verschiedenen Richtungen. Es zeigte sich, wenn der Erdstoß stark genug ist, eine Katastrophe zu erzeugen, so folgen ihm regelmäßig neue Stöße; dieselben haben aber nie entfernt die Stärke des ersten, der Katastrophe geht keine Mahnung voraus; endlich nach längerer Ruhe erwachen die Erdbeben wieder. Das sind sozusagen die drei Gesetze der Erdbeben. Ist nun auch, wie es von dem Standpunkt der Theorie gefordert sein muß, ein Einfluß der Sonnenstellung vorhanden? Die Geschichte beweist auch dies. (Herr Falb demonstrirte dies an einer statistischen Tafel.) Maxima im Januar und Oktober, Minima im April: das ist die Regel in der Erdbebenstatistik überall, — auch auf der südlichen Halbkugel, was einige Gelehrte anfänglich bestritten hatten. Das machte der Einsturztheorie den Garaus. Die Gelehrten waren irregeführt durch Statistiken, welche von den Schülern chilenischer Lyceen angelegt wurden und eigenthümlicher Weise im Januar und Dezember keine Erdbeben verzeichnen. Das kam aber daher, weil die Schulen in diesen heißesten Monaten geschlossen bleiben und damit auch die Aufzeichnungen ruhen. (Heiterkeit.) Alle früheren Erdbebentheorien hatten einen gemeinsamen Mangel, sie beschränkten sich auf das mechanische Phänomen der Bodenbewegung, alle übrigen Erscheinungen blieben außer Betrachtung, wie typisch und gesetzentsprechend sie auch sind. Man muß die Geschichte der Erde selbst ins Auge fassen. Die Erde ist aus einer heißflüssigen Masse durch Erkaltung in ihren gegenwärtigen Zustand gelangt. So wird einst auch die Sonne erkalten. Mit dem Monde wird der gleiche Prozeß vorgegangen sein, sein Produkt sind die Kratergebilde. So ist auch auf der Erde der Vulkanismus nichts anderes, als das Ergebniß jenes Erkaltungsprozesses. Noch dauert die Erkaltung im Erdinnern fort, die Lava sinkt tiefer; durch die Nivellirung von Berg und Thal sind schon viele Vulkane erloschen, aber im Grunde wird die Eruption der Lava noch lange fortdauern, und dann tritt regelmäßig ein Erdbeben ein. An dem Ort, welcher sich senkrecht über dem Durchbruchspunkte befindet, bewegt sich die Erde senkrecht von oben nach unten. An seitlich gelegenen Punkten erscheint die Bewegung seitlich. Nachdem die Lava sich

gesenkt hat, strebt sie wieder empor bei Fluthkonstellationen des Mondes und der Sonne. Im Januar steht uns die Sonne am nächsten, daher die große Erdbebenzahl; am 21. März kommt sie in die Aequatorialstellung, daher ein zweites Maximum im April; im Juni ist es ganz umgekehrt, als im Januar. So erklärt sich die statistische Tafel, welche die stärkste Bestätigung der neuen Erdbebentheorie bildet. Die Gesetze der Statistik gelten nicht nur bei großen, sondern auch schon bei kleinen Zahlen. Die Differenzen sind außerordentlich gering. Ein in Betracht zu ziehender Faktor sind auch noch die Sonnen- und Mondfinsternisse, deren öfteres Zusammentreffen mit Erdbeben schon Aristoteles gemerkt hatte. Die 1887er Katastrophe an der Riviera ist in dieser Hinsicht lehrreich; es ist damals alles, wie es nach der Theorie erwartet werden mußte, eingetreten. Dr. Falb ergänzte seine Darlegungen durch eine anziehende Schilderung von ihm beobachteter Naturvorgänge, wie Aetna-Eruption, Erlebnisse in Agram u. dgl. Seine Veröffentlichungen über „kritische Tage" begründete der Vortragende mit zwei Umständen. Erstens solle jeder Gelegenheit zur Prüfung der Theorie bekommen und zweitens werde die Aufklärung zur Beruhigung nach erfolgter Katastrophe dienen. Die Versammlung war dem fesselnden Vortrage aufmerksam gefolgt und lohnte den Redner mit reichem Beifall.

Eine verständige Maßregel. Der Inhaber eines sehr frequentirten Lokals im Zentrum der Stadt hat sich auf vielfach ausgesprochenen Wunsch seiner Gäste veranlaßt gefunden, in seinen Geschäftsräumen Plakate anzubringen folgenden Inhalts: „Avis. Das Lesen einer Zeitung ist jedem Gast in den Vormittags- und Abendstunden nur 15 Minuten gestattet."

Hierzu bemerkt die „Volks-Ztg.": Noch verständiger wäre es übrigens, wenn die Gastwirthe eine größere Anzahl von Zeitungen und von den gelesenen mehrere Exemplare halten würden, wie das in England allgemein der Fall ist. In Tottenham Court Road in London giebt es z. B. eine fast nur von Arbeitern besuchte Theewirthschaft, in welcher so viel Zeitungen aller Art auslagen, daß bei vollständig gefülltem Lokal jeder Gast eine Zeitung lesen konnte. Das findet man in Berlin nicht einmal in sogenannten Lesezimmern.

Ueber das Schicksal des abgeänderten Pensions-Reglements für das Exekutivpersonal der Feuerwehr finden sich in dem Verwaltungsberichte pro 1888/89 folgende Angaben: Der Oberpräsident hatte von dem Magistrat Auskunft über die Gründe der von den städtischen Behörden getroffenen Maßnahmen erfordert und demnächst verfügt, daß es bis zur Vereinbarung anderweiter Grundsätze über die Pensionirung des Feuerwehr-Personals bei den Grundsätzen des ursprünglichen Regulativs verbleiben müsse. Gegen diesen Bescheid hatte der Magistrat Beschwerde bei dem Minister des Innern geführt, dieser aber den Bescheid des Oberpräsidenten aufrecht erhalten. Der Magistrat hat darauf in dem Einzelfalle, in welchem die Pension durch Beschluß des Oberpräsidenten festgesetzt wurde, den Rechtsweg beschritten. — Durch die Inanspruchnahme der Berliner Feuerwehr zu Gunsten der Vororte Berlins entstehen der Stadtgemeinde in nicht unerheblichem Maße unmittelbare und mittelbare Nachtheile. In einem Falle hat sich daher der Magistrat genöthigt gesehen, von der Gemeinde Rixdorf die Uebernahme der Pension für einen bei einem dortigen Brande verunglückten Berliner Feuermann zu beanspruchen. Dieselbe ist auch bewilligt worden, außerdem sind aber mit den Nachbargemeinden Verhandlungen über die für die Löschhilfe zu gewährende Vergütung im Gange.

Aus Brüssel, 26. Februar, wird der „Voss. Ztg." geschrieben: „Der Genter Sozialistenführer Herr Van Beveren, welcher von der Berliner Polizei auf fünf Stunden festgehalten worden ist, ist heute hierselbst eingetroffen und hat, wie zu erwarten war, den Berichterstattern der Brüsseler Zeitungen seine Berliner Erlebnisse auf das Eingehendste geschildert. Seinen Mittheilungen ist folgendes zu entnehmen: Schon am 16. d. M., am Sonntag, traf Van Beveren mit dem niederländischen Deputirten Herrn Domela Nieuwenhuis und einem anderen niederländischen Sozialisten in Berlin ein; alle Drei stiegen im Dessauer Hofe ab. Sie folgten der ganzen sozialistischen bewundernswerth geleiteten Wahlbewegung. Als sie, um die Wahlergebnisse zu hören, am Donnerstag Abend vor dem Hause des „Volksbl." eintrafen und Tausende den Eintritt versperrten, riefen einzelne Arbeiter: „Lasset doch die niederländischen Deputirten durch!" Dadurch wurde die Polizei aufmerksam, und am Sonnabend erschien im Gasthofe ein Polizeilieutenant, um die Pässe der drei Reisenden einzusehen. Da sie solche nicht besaßen, mußten sie sich nach dem Polizeipräsidium begeben. Van Beveren rühmt die Höflichkeit und das korrekte Verhalten der Berliner Polizeibeamten, welche der belgischen Polizei als Vorbilder dienen könnten, in hohem Maße. Auf dem Arbeitstische des verhörenden Beamten lagen die neuesten Nummern der sozialistischen Zeitungen: „Peuple", „Vooruit", „Recht voor Allen" und der anarchistischen „Freiheit", in denen einzelne Artikel besonders blau angestrichen waren. Auch während der langen Verhöre benahmen sich die Beamten sehr entgegenkommend, ließen ihnen Erfrischungen, auch das „Volksblatt" zum Lesen reichen. Schließlich wurde ihnen eröffnet, daß sie, da sie gegen die Bestimmungen des kleinen Belagerungszustandes gefehlt, vor Mitternacht Berlin verlassen müßten, dagegen, sobald sie Pässe hätten, sich ungehindert in Berlin aufhalten könnten. Herr Domela erbat sich sofort in der niederländischen Gesandtschaft einen Paß. Alle Drei reisten nach Hamburg, wo sie sich unbehelligt drei Tage aufhielten und die sozialistische Bewegung auf der Höhe fanden. Van Beveren reiste nach Belgien weiter und Domela, welcher seinen Paß erhalten hatte, kehrte nach Berlin zurück."

Wie aus dem der „Voss. Ztg." zugegangenen Schreiben weiter ersichtlich ist, hat in der belgischen Presse die Unterstellung Eingang gefunden, es habe keine Drahtmeldung und kein Brief, welche von Berlin aus Domela an sein Blatt „Recht voor Allen" gerichtet hat, ihren Bestimmungsort erreicht. Wenn es richtig ist, daß Domela nach Berlin zurückgekehrt ist, so würde dem Post- und Telegraphenamt daran liegen müssen, über die Veranlassung und Urheberschaft dieser im Ausland verbreiteten Unterstellung sich Aufklärung zu verschaffen.

Wir können hierzu mittheilen, daß das keineswegs der Fall ist, wir haben im „Recht voor Allen" Briefe und Telegramme von Nieuwenhuis gefunden.

Die Nachricht, die in verschiedene Zeitungen übergegangen ist, wonach die Herren nach Berlin zurückgekehrt sein sollen, entbehrt der Begründung. Nur Herr Nieuwenhuis war für einige Stunden nach Berlin zurückgekehrt. Er weilt augenblicklich in einer deutschen Universitätsstadt, woselbst er einen Bruder hat, der Privatdozent ist.

Im Abendblatt der gestrigen „Volks-Zeitung" wird bezweifelt, daß sich Herr Rechtsanwalt Meschelsohn in der von uns gekennzeichneten Weise über den sozialistischen Kandidaten des zweiten Berliner Wahlkreises geäußert habe. Herr Meschelsohn wird in der Notiz der „Volks-Ztg." ein begabter und reifer Politiker genannt, wogegen wir um so weniger etwas einzuwenden haben, als eine größere Oeffentlichkeit von den politischen Thaten dieses Herrn Kenntniß zu nehmen, bisher wohl kaum in der Lage war.

Wir müssen es unserem Berichterstatter überlassen, der seit Jahren für uns thätig ist und sich stets zuverlässig erwiesen hat, im Laufe des heutigen Tages das Mißverständniß aufzuklären. Wir glauben kaum, daß er sich ganz und gar verhört haben sollte.

Ein Doppelselbstmord, das Ende eines Liebesdramas, versetzte vorgestern Abend die Bewohner des Hauses Grünauerstraße Nr. 80 in nicht geringe Aufregung. Die Frau des dort wohnenden Steinsetzers Karl H. hatte trotz ihrer 38 Jahre schon seit längerer Zeit ein Liebesverhältniß mit dem Klempner Otto K. unterhalten, welches unbegreiflicher Weise dem Ehemann verborgen geblieben war. Als nun vorgestern Abend H., welcher allgemein als ein fleißiger, ordentlicher Mann geachtet ist, nach Hause kam, bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß die Thür zu seiner Wohnung von innen verschlossen war. Nachdem es gelungen war, nach einiger Anstrengung die Thüre zu öffnen, fand der Bedauernswerthe seine Ehefrau mit dem ihm bekannten K. — ihrem Liebhaber — leblos im Bette vor. Der schleunigst herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod bestätigen, den die Liebenden durch eine Vergiftung mit Cyankali herbeigeführt. Die Leichen der Selbstmörder wurden gestern Morgen 4 Uhr nach dem Leichenschauhause geschafft. Wie uns noch mitgetheilt wird, hat Frau H. ihren Liebhaber lange Zeit hindurch mit dem Gelde ihres Gatten ernährt.

Zwei Kinder gerettet. Am vergangenen Sonntag Nachmittag hörte der im zweiten Garderegiment z. F. stehende Sergeant Gutermann, als er über den zugeschütteten Damm der Wulwe-Lanke, eines Spree-Armes, ging, Hilferufe. Er sah, daß ein Mädchen bereits versank und ein anderes sich an den Schollen festhielt. Ohne sich des Mantels und Seitengewehrs zu entledigen, stieg der Sergeant den Damm hinab und begab sich auf das Eis. Nachdem er einige Schritte gethan, brach er ein, hatte aber noch Grund, und glaubte die noch etwa 5 Schritt entfernten Kinder zu erreichen, als er plötzlich untersank. Eine Dame, die dies sah, rief um Hilfe. Bald aber bemerkte sie, wie sich der Sergeant emporarbeitete. Halb schwimmend und mit den Händen das Eis zerschlagend, erfaßte er glücklich die Haare des untergesunkenen Kindes und brachte es so schwimmend an das Ufer, wo es von zwei herbeigeeilten Studenten hinaufgezogen wurde. Das andere Mädchen faßte der wackere Lebensretter, nachdem er die Tour schwimmend noch einmal zurückgelegt hatte, ebenfalls und brachte es auch ans Ufer.

Das Drama am Grünen Weg gestaltet sich immer verwickelter und bedarf in vielen Punkten noch der weiteren Aufklärung. Der unter dem Verdachte, seinen eigenen Sohn Richard ermordet zu haben, verhaftete Musiklehrer Emil Neumann betrieb mit seinen Söhnen Richard und Julius ein Konservatorium für Musik. Dasselbe scheint nicht besonders reussirt zu haben, denn in der aus sechs Zimmern bestehenden Wohnung waren nur drei Klaviere zum Unterricht vorhanden, und Neumann befand sich fortgesetzt in Geldverlegenheiten. Während der 21jährige Richard allgemein als ein ordentlicher und strebsamer Mensch bezeichnet wurde und in seinem Bekanntenkreise sehr beliebt war, galt der Vater als liederlich und dem Trunke ergeben. Seine Darstellung von dem Selbstmorde des Sohnes bot, wie wir bereits mittheilten, so viele Unwahrscheinlichkeiten und Bedenken dar, daß die Annahme der Ermordung viel näher liegt. Der Vater will am Montag früh erwacht sein und den Sohn am Bettpfosten erhängt gefunden haben. Statt ihn sofort abzuschneiden und Versuche zu seiner Wiederbelebung zu machen, kleidet sich der Vater gemächlich an und holt sich erst Schnaps zum Trinken. Als nach einer Stunde die Aufwärterin Opitz erschien, theilt er derselben in trockenem Tone den Selbstmord des Sohnes mit, welche nun die Nachbarschaft alarmirt. War dieses Verhalten des Vaters schon auffällig, so häufen die nunmehr bekannt werdenden Nebenumstände weitere Verdachtsmomente gegen ihn. Der Sohn Richard hatte keine ersichtlichen Gründe zu einem Selbstmorde und hat auch über ein solches Vorhaben nichts geäußert. Er hatte ein junges Mädchen kennen gelernt, mit welchem er im Einverständniß mit den Eltern verkehrte und mit welchem er am nächsten Sonnabend ein Tanzkränzchen besuchen wollte, zu welchem er die Karten bereits besorgt hatte. Andererseits hatte Neumann Vater die Absicht, sich wieder zu verheirathen, er hatte auch bereits die Bekanntschaft einer Dame gemacht, die er Bekannten gegenüber als seine zukünftige Frau vorstellte. Diese Heirath würde nicht zu Stande kommen, wenn das schändliche Verbrechen, das an der jetzt 15jährigen, wenig entwickelten Hilfslehrerin Gertrud O. begangen, bekannt wurde. Aus diesem Grunde bewog der Vater den Sohn Richard, die Schuld auf sich zu nehmen und in einer schriftlich abgegebenen Erklärung das Geständniß zu wiederholen. Dem widersprach aber mit Entschiedenheit die Gertrud O., welche bis zuletzt geglaubt hatte, der Verhaftete werde sie, wie er wohl versprochen habe, heirathen. Andererseits ist festgestellt, daß derselbe, weil ihm der Boden hier zu unsicher wurde, die Absicht geäußert hat, mit seinem zweiten Sohne Julius nach Amerika auszuwandern und daß Beide in der letzten Zeit versucht haben, größere Darlehen aufzunehmen. Der Kriminalpolizei wäre es von Werth, wenn derselben über diesen Punkt noch nähere Mittheilungen aus dem Bekanntenkreise des Neumann gemacht werden könnten. Ebenso würde es die weitere Untersuchung erleichtern, wenn festgestellt werden könnte, woher die neue Hanfschnur stammt, mit welcher Richard Neumann erdrosselt ist und von der noch ein ganzes Packet in der Wohnung vorgefunden wurde. Die gestern erfolgte Obduktion der Leiche hat keine Entscheidung darüber ergeben, ob ein Mord oder Selbstmord vorliegt, da außer der Strangulationsmarke am Halse, wie sie bei allen Erhängten sich findet, nur belanglose Hautabschürfungen konstatirt wurden. Die Möglichkeit eines Selbstmordes ist somit nicht ausgeschlossen. Allein, wenn es psychologisch schon merkwürdig ist, daß der unbescholtene 21jährige Sohn eine so schwere Schuld des Vaters auf sich genommen hat, so erscheint es geradezu räthselhaft, daß der Sohn mit diesem Verdachte einer ihm fremden Schuld belastet aus dem Leben scheiden sollte. — Das peinliche Aufsehen, welches dieser Vorfall erregt, wird noch gesteigert durch den Umstand, daß eine große Zahl von Familien dabei in Mitleidenschaft gezogen ist. Durch die Untersuchungen der Kriminalpolizei ist festgestellt worden, daß Neumann Vater seine Vertrauensstellung als Lehrer seit Jahren in gröblichster Weise mißbraucht und sich gegen zahlreiche Schülerinnen schändlich vergangen hat. Die ersten Fälle reichen sechs Jahre zurück.

Von anderer Seite wird folgendes, was die vorstehenden Mittheilungen allerdings vielfach ergänzt und bestätigt, gemeldet:

Obwohl das Ergebniß der gerichtsärztlichen Untersuchung der Leiche im Hause 60 am Grünen Weg des erhängt aufgefundenen Musiklehrers Richard Neumann keine weiteren Belastungsmomente für den Vater ergeben hat, ist derselbe noch in Haft behalten worden. „Es hat sich durch die vom Medizinalrath Prof. Dr. Wolf vollzogene Untersuchung nicht feststellen lassen, ob der junge Neumann sich erhängt hat oder ob er erdrosselt worden ist." Da den die Nachforschungen leitenden Behörden bekannt ist, daß der alte Neumann sich auf die Anwendung von Chloroform versteht, und von diesem Betäubungsmittel wiederholt bei den von ihm verübten Verbrechen gegen die Sittlichkeit Gebrauch gemacht hat, so werden gewisse innere Theile der Leiche noch einer chemischen Prüfung unterzogen werden; liegt doch die Vermuthung nahe, daß Neumann Vater seinen Sohn zuerst betäubt und dann erdrosselt haben könnte. Das Ergebniß dieser chemischen Untersuchung wird erst in einigen Tagen bekannt werden, doch erscheint es fraglich, ob es gelingen kann, Spuren von Chloroform in dem Magen der Leiche nachzuweisen, selbst wenn von dem Gifte Gebrauch gemacht ist. Das Geschäft, wo die Schnur gekauft worden ist, an welchem die Leiche gehangen hat, ist noch nicht ermittelt worden. Wichtig erscheint den Behörden die Feststellung, wo und bei wem der alte Neumann und sein Sohn Julius kurz vor dem 24. d. M., oder noch an diesem Tage, versucht zu haben, Geld zu leihen, angeblich, um ein Harmonium zu kaufen, wie vermuthet wird jedoch, um sich die Mittel zur Auswanderung nach Amerika zu verschaffen. Der Argwohn, daß außer dem Vater noch Jemand an dem Verbrechen der Tödtung betheiligt sein könnte, ist geschwunden. Ueber die Beweggründe, welche den Neumann Vater veranlaßt haben könnten, seinen Sohn ums Leben zu bringen, verlautet folgendes: Der in Haft Genommene trug sich mit Heirathsplänen und gedachte eine Person zu ehelichen, die über einige Geldmittel verfügte. Nun hatte er sich an einer früheren Schülerin, die er in letzter Zeit als Hilfslehrerin beschäftigte, unter Anwendung von Chloroform vergangen und seinen Sohn Richard veranlaßt, durch eine schriftliche Erklärung dieses Vergehen fälschlich auf sich zu nehmen. Das Opfer des alten Neumann, das auf eine Verehelichung gerechnet hatte, wollte sich nicht dazu verstehen, den Sohn als ihren Verführer anzuerkennen, und [illegible] unvermeidlich gewordene Enthüllung des Thatbestandes [illegible] Pläne des Vaters zerstört. Diese Sachlage hätte sich [illegible] sobald Richard Neumann aus der Zahl der Lebenden geschieden und das schriftliche Bekenntniß seiner Schuld gefunden war. [illegible] junge Mädchen, als dessen Verführer der verstorbene Neumann sich fälschlich erklärte, hat bei der Vernehmung ausdrücklich [illegible] unerlaubte Beziehung zu dem Sohn in Abrede gestellt. In [illegible] erschreckenden Weise mehren sich die gegen den alten Neumann erhobenen Beschuldigungen wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit; nach dieser Richtung hin sind überwältigende Beweise für seine Schuld vorhanden.

Polizeibericht. In der Nacht zum 26. d. M. brachte [illegible] ein Mädchen in der Wohnung seiner Mutter, in der [illegible] in einem Anfalle von Geistesgestörtheit mittelst eines [illegible]messers so bedeutende Verletzungen am Halse und an der [illegible] bei, daß es nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte. — Am 26. d. M. Vormittags fiel vor dem Hause [illegible]straße 8 der Kutscher Küchler von seinem Arbeitswagen und [illegible] den rechten Vorderarm. — Mittags gerieth an der Ecke der Straße An der Stadtbahn und An der Spandauerbrücke ein fünfjähriger Knabe unter einen Schlächterwagen und wurde am Unterschenkel nicht unbedeutend verletzt. — Nachmittags wurde vor dem Hause Johanniterstraße 1 ein 7jähriger Knabe von einem Bierwagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — In der Nacht zum 27. d. M. wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Grünauerstraße, und deren Liebhaber, entkleidet im Bette liegend, todt aufgefunden. Anscheinend haben dieselben gemeinsam ihrem Leben durch Vergiften ein Ende gemacht.

Gerichts-Zeitung.

Der Strafsenat des Kammergerichts verhandelte gestern in der Revisionsinstanz gegen den Redakteur des „Berliner Volksblatt", Cronheim, wegen unerlaubten Kollektirens, welche Uebertretung dadurch begangen sein sollte, daß das genannte Blatt am 1. resp. 21. Juni 1889 im Inseratentheile zwei von mehreren Personen unterzeichnete Aufrufe an die Metallarbeiter von Berlin und Umgegend zu Beiträgen für den Streik der Korbmacher und der Kosten für die Beschickung der internationalen Pariser Arbeiterkonferenz gebracht hatte. In den Aufrufen waren [illegible] die Adressen, wo Beiträge angenommen wurden, [illegible]. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten freigesprochen, die Strafkammer aber in der Berufungsinstanz zu 20 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft verurtheilt, indem sie in dem angegebenen Thatbestande die Kriterien einer Kollekte, zu welcher nach der Polizeiverordnung die Genehmigung des Oberpräsidenten erforderlich gewesen, erblickte. Das Kammergericht hob aber gestern die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten kostenlos frei, indem es annahm, daß es in Bezug auf einen derartigen Fall an einem Strafgesetz fehle und daß der betreffende Thatbestand, wie auch schon das Obertribunal in einem Erkenntniß vom 19. November 1876 ausgeführt hat, nicht unter den Begriff einer Kollekte falle.

Die auf Grund des § 19 des Gesetzes vom 18. Oktober 1878 im Prozeß Oelze und Genossen Verurtheilten haben am Montag, den 3. März die dreimonatliche Gefängnißstrafe angetreten. Bei drei Angeklagten wurde 1 Monat als verbüßt angerechnet.

Der Herausgeber des „Rüdersdorfer Anzeigers", Buchdruckereibesitzer H. Wirth, stand gestern vor der Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I, da er gegen ein Erkenntniß des Schöffengerichts zu Alt-Landsberg, wonach er wegen Beleidigung des Amtsvorstehers von Busse in Rüdersdorf zu einer Geldstrafe von 50 M. verurtheilt worden war, Einspruch erhoben hatte. In dem obengenannten Blatte war im Juni v. J. eine Notiz erschienen, in welcher lobend erwähnt wurde, daß einer der dortigen Lehrer auch während der Ferien mit seinen Schülern Turnausflüge mache. Hieran knüpfte sich die Bemerkung, daß der Amtsvorsteher v. Busse leider den Knaben das Trommeln durch den Ort bei ihren Aus- und Einzügen verboten habe und schloß der Artikel mit der Frage: „Ist das Trommeln vielleicht auch reichsfeindlich?" — Herr von Busse stellte dieserhalb den Strafantrag und der Angeklagte wurde auch, wie vorerwähnt, in der ersten Instanz verurtheilt. In der Frage — so führte das Erkenntniß aus — liege der Vorwurf, der Amtsvorsteher v. B. sei so beschränkt und von Parteiwuth verblendet, daß er eine so harmlose Beschäftigung wie das Trommeln, für reichsfeindlich halten könne. Derselbe werde dadurch lächerlich gemacht und in seinem Ansehen geschmälert. Im gestrigen Termine bestritt der Vertheidiger, Rechtsanwalt Stadthagen, daß die Auffassung des ersten Richters die zutreffende sei und daß in jener Frage überhaupt eine Beleidigung gefunden werden könne. Er beantragte daher in erster Linie die Freisprechung und sollte diese nicht erfolgen, so bitte er um Vertagung des Termins, da er unter Beweis stellen wolle, daß Amtsvorsteher von Busse im Parteiinteresse [illegible] Verfügungen erlasse. Derselbe habe beispielsweise durch Aufbietung der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Polizeimacht allerdings zu verhindern gesucht, daß eine bereits genehmigte Versammlung der Freisinnigen im Müller'schen Saale zu [illegible] gehalten wurde, er habe gedroht, die Thüren mit Latten zu vernageln und polizeilich zu schließen. Ferner habe Herr Spindler den Amtsvorsteher von B. gebeten, das Konzessionsgesuch eines Schankwirths Ewald zu befürworten, darauf soll er die Antwort erhalten: „Ja, wenn er konservativ wählt, soll er sie haben." Ewald habe konservativ gewählt und die Konzession erhalten. Auf die Frage des Präsidenten, ob der Vertheidiger noch weitere Anträge zu diesem Punkte zu stellen habe, [illegible] der Vertheidiger, daß die Protokollirung seiner sämmtlichen Anträge mehrere Stunden in Anspruch nehmen würde, falls der Gerichtshof eine Vertagung beschließe, werde er seine Anträge schriftlich einreichen. Staatsanwalt Dr. Klette bat, dem Antrage des Vertheidigers stattzugeben, da die von ihm behaupteten Thatsachen doch wichtig seien, im übrigen finde auch er in der [illegible] stehenden Frage eine Beleidigung und bitte, die Berufung zu verwerfen. Der Gerichtshof lehnte alle Anträge des Vertheidigers ab, weil er unter Aufhebung des ersten Urtheils zu einem freisprechenden Urtheil gelangt sei. Etwas Beleidigendes werde in der beanstandeten Frage überhaupt nicht gefunden.

Ein räthselhafter Krankheitsfall, welcher am [illegible] und am 13. Mai v. J. der Medizinischen Gesellschaft für Nervenkrankheiten zur Begutachtung unterbreitet worden war, beschäftigte heute das Schiedsgericht für Unfallsachen. Der in der Fabrik von [illegible] Heising seit einer langen Reihe von Jahren beschäftigte [illegible]ziehermeister Karl Grumbkow, verspürte am 23. [illegible] beim Auseinanderziehen eines 15 Millimeter starken [illegible] plötzlich heftige Schmerzen im Schultergelenk und war [illegible] Stande, die angefangene Arbeit zu vollenden, noch [illegible] Zeitpunkt ab wieder schwere Arbeit zu verrichten. Er [illegible] ärztliche Behandlung des Dr. Fürst, welcher ihn dem [illegible] Dr. Eulenburg zuführte. Beide stellten den [illegible] den genannten Tagen der Medizinischen Gesellschaft vor. Die Untersuchung hat nämlich ergeben, daß [illegible] Muskel in der rechten Schulter vollständig geschwunden und dadurch eine Schwäche und Kraftlosigkeit des Gelenkes eingetreten ist. Die Aerzte [illegible] über die Ursache dieses auffallenden Muskelschwunds verschiedener Meinung; einige, darunter Professor Dr. Eulenburg,

auf eine veraltete Muskellähmung zurück, andere halten eine Lähmung der Nerven als Ursache für wohl möglich. Die Berufsgenossenschaft für Feinmechanik hat den von Meyhlow erhobenen Anspruch auf Gewährung einer Rente zurückgewiesen, weil ein Betriebsunfall nicht erwiesen sei. Auf die vom Betroffenen eingelegte Berufung zog das Schiedsgericht zum gestrigen Termine den Dr. Blasius als Sachverständigen zu. Derselbe erachtete den von zwei Zeugen bekundeten Vorgang, wobei der Kläger plötzlich vor Schmerz aufschrie, kaum für die Ursache des Muskelschwunds, gab aber die Möglichkeit zu. Das Schiedsgericht wies hierauf den Anspruch des Klägers vollständig ab, indem es nur das Vorhandensein einer Gewerbekrankheit, nicht aber einen Unfall als festgestellt ansah.

Von psychologischem Interesse war eine Verhandlung gegen vorsätzlicher Brandstiftung, welche gestern die IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I beschäftigte. Aus der Sehnsucht, die Feuerwehr bei der Arbeit zu sehen, ist der noch nicht 16jährige Otto Friedrich Karl Müller, ein hochgeschossener Junge, welcher einen kindisch stupiden Eindruck macht, zweimal zum Brandstifter geworden. Der Angeklagte war in der Fabrik von Meyhlow u. Co. beschäftigt. Er wußte, daß in einem Kellerraum der Fabrik größere Posten von Papier und Pappe lagerte und am 1. Oktober begab er sich in diesen Keller, steckte mit einem Streichholz einen Haufen Papier an und kehrte schleunigst nach seiner Werkstätte zurück. Das Feuer, welches schnell um sich griff und die Feuerwehr bald herbei lockte, hat einen Schaden von zirka 100 M. verursacht. Der Knabe, auf welchen Niemand Verdacht fiel, stand während der Löschungsarbeiten in der Nähe des Kellers und freute sich über die Arbeiten der Feuerwehr. Das Schauspiel hatte ihm Spaß gemacht und schon am nächsten Tage ging der Angeklagte wieder in den Keller und stellte abermals mittelst eines Streichholzes einen Sack mit Papier in Brand. Die That wurde jedoch leid und er drückte das Feuer mit den Füßen wieder aus. Die Qualm, welcher sich entwickelte, hatte jedoch einen Arbeiter herbeigelockt, welcher wahrnahm, wie sich der Angeklagte aus dem Keller schlich und demselben daher die Unthaten auf den Kopf zusagte. Der Junge wurde zur Polizei gebracht und gab hier ohne Weiteres die wiederholte Brandstiftung zu, doch nur dabei, daß er lediglich durch seine Sehnsucht, die Feuerwehr löschen zu sehen, zu seiner Handlung bewogen worden sei. Bei diesen unregelmäßigen Thaten hat dann der Angeklagte noch mit Recht dreifachen Diebstahl hinzugefügt. Nach der Brandstiftung hatte der Angeklagte zu seiner Arbeit nicht wieder zurückgekehrt und seiner Mutter trotzdem den Wochenlohn abliefern zu können, stieg durch ein offenes Fenster in den Laden eines in der Köpenickerstraße wohnhaften Vorkosthändlers und stahl aus der offenen Kasse eine Summe von 5 M. — Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig, er wußte aber auch hier nichts weiter anzugeben, als daß er habe sehen wollen, wie schnell die Feuerwehr bei einem Feuer zur Stelle ist. — Der Sachverständige, Sanitätsrath Dr. Mittenzweig, hielt den Angeklagten für einen Jungen von wenig entwickelter Intelligenz, von welchem man vermuthen könne, daß er nicht die rechte Vorstellung von der Strafbarkeit seiner Handlungsweise gehabt habe. — Der Staatsanwalt dagegen hielt den Angeklagten lediglich für einen verstockten Jungen, gegen welchen er 1½ Jahre Gefängniß in Antrag brachte. — Auch der Gerichtshof hatte an der geistigen Gesundheit des Angeklagten keinen Zweifel und er verurtheilte denselben zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängniß.

Soziale Uebersicht.

Bei den Arbeitern der Spazierstock-Fabrik von [illegible] & Co. Lohnabzug gemacht und noch weitere Lohnabzüge in Aussicht gestellt worden sind, haben dieselben beschlossen, am Sonnabend, den 1. März, die Arbeit niederzulegen.

Maßregelung. In der letzten öffentlichen Versammlung der Kupferschmiede wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am Montag-Nachmittag die Arbeit ruhen zu lassen. In dieser Versammlung war auch der Schlosser Wolff, welcher in der Kupferschmiederei von E. Kraft, Köpenickerstraße 116, seit zwei Jahren beschäftigt ist, zugegen. Als am Freitag früh derselbe seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, wurde ihn vom Werkführer Borchardt gesagt, „daß er dafür sorgen werde, daß derselbe von jetzt ab an Feiertage bekommen werde". — Und er hat sein gegebenes Wort gehalten, denn Wolff erhielt am Sonnabend, den 22. d. M., die plötzliche Entlassung. Gefragt, warum die Entlassung geschehen, gab der Werkführer an, daß Wolff ihn am Donnerstag angeschwärzt hätte. Der Prinzipal dagegen wußte weiter nichts zu sagen, als daß er nichts mehr zu thun hätte, trotzdem erst ein junger Schlosser vor acht Tagen dort angefangen hat.

Wir erhalten folgende Berichtigung: Der an mich ergangenen Bitte um Betheiligung an der gestern erschienenen Erklärung habe ich unter Bedingungen, die nicht erfüllt sind, entsprochen. Es kann deshalb nur auf Irrthum beruhen, daß ich dort als Unterzeichner aufgeführt bin. Berlin, 27. Februar [illegible] Ad. Behmer Nachf., Richard Kaufhold.

Versammlungen.

Im dritten Berliner Reichstagswahlkreise wurden am 26. M. zwei öffentliche Wählerversammlungen abgehalten, und zwar in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, und im Buggenhagen'schen Etablissement am Moritzplatz. Letztere war die bedeutendere und hatte den geräumigen Saal bis auf das letzte Plätzchen, die Galerie nicht ausgenommen, gefüllt. Die Leitung der imposanten Versammlung hatten die Herren [illegible]mick, Kräker und Kohlhardt in Händen. Ueber das Thema: „Die bevorstehende Stichwahl" referirte Herr Max Baginski. Derselbe war der Meinung, daß eine Stichwahl im 3. Wahlkreise nicht erforderlich gewesen wäre, wenn die Wähler ihre volle Schuldigkeit gethan hätten. Dennoch hielt er die Stichwahl insofern für vortheilhaft, als der Sozialdemokratie dadurch Gelegenheit geboten werde, ihre Prinzipien immer mehr ins Volk zu tragen und die Wähler in politischer Beziehung aufklären. Daß das Kartell zersplittern werde, war vorauszusehen. Doch dürfe man sich deshalb nicht der Hoffnung hingeben, es werde damit auch die volksfeindliche Majorität im Reichstage verschwinden werde. An Stelle des Kartells würden andere „staatserhaltende" Parteien treten und namentlich die deutschfreisinnige Partei würde in dem Ordnungsbrei aufgehen. Da im 3. Wahlkreise eine Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen und dem deutschfreisinnigen Kandidaten stattfinde, so hielt Redner es für wichtig, die deutschfreisinnige Partei einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Er war der Meinung, daß diese Partei mit der Zeit gänzlich verschwinden werde, da das Bürgerthum, auf welches sie hauptsächlich stütze, immer mehr verdrängt werde. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages übte Redner eine scharfe Kritik an dieser Partei, welche, dem Drange der Zeit folgend, zwar ein „soziales Programm" aufgestellt habe, das allerdings Niemand kenne und das, wenn es wirklich vorhanden sei, wohl nichts weiter, als eitel Flickwerk sei. Mit kleinen Pflästerchen könnten die sozialen Schäden nicht geheilt werden. Diese Partei brüste sich auch als die alleinige Urheberin der kaiserlichen Erlasse. Aus Furcht, daß auch die Industriezölle aufgehoben werden könnten, wage sie nicht, energisch gegen die landwirthschaftlichen Herren Front zu machen und beschränke sich darauf, nur in Verdächtigungen dagegen zu räsonniren. Die geistigen Waffen, mit welchen sie die Sozialdemokratie angeblich bekämpfe, hätten ihre Schneidigkeit verloren und erwiesen sich als altes Eisen. Auch die breiten Volksmassen vermöge sie nicht gruselig zu machen mit Ammenmärchen, die sie über die „Endziele" der Sozialdemokratie verbreite. Durch die „freie Konkurrenz", welche diese Partei als erstes Gebot predige, werde thatsächlich das Eigenthum aufgehoben, immer größere Volksmassen besitzlos gemacht. Die Intelligenz des Arbeiterthums sei derjenigen des Bürgerthums nicht nur gewachsen, sondern überlegen. Aber in den heutigen wirthschaftlichen Kämpfen gebe nicht die Intelligenz den Ausschlag, sondern das Geld. Das internationale Kapital sei heute übermächtig geworden und herrsche unumschränkt, mit Allgewalt. Das beweisen die heutigen gesellschaftlichen Zustände, welche lediglich auf den Leib der besitzenden Klassen zugeschnitten seien. Selbst die Bildung sei dem Kapitale unterthan. Die Gesellschaftszustände, welche die freisinnigen Herren anstreben, agitiren mit Macht für die Sozialdemokratie. Die deutschfreisinnige Partei sei mit Schuld an der Vermehrung der indirekten Steuern durch Bewilligung des erhöhten Militärstandes. Die Opposition der Freisinnigen sei nur eine Scheinopposition, wie die parlamentarische Geschichte hinreichend beweise. Die freisinnige Partei habe in politischer Hinsicht die Rolle des edlen Ritter Don Quixote übernommen. Sie vermöge dem Ansturme des Proletariats nicht zu widerstehen, sie würde sich immer mehr den herrschenden Gewalten unterwerfen, um das Eigenthum der Herren Bleichröder u. s. w. zu schützen und würde infolge dessen auch ein Volksrecht nach dem anderen opfern. Mit der wissenschaftlichen Widerlegung des Sozialismus seitens der deutschfreisinnigen Partei sehe es sehr traurig aus, ihre geistigen Waffen vermöchten gegen die geistigen Waffen des Sozialismus nicht Stand zu halten. Pflicht sei es, wie gegen alle reaktionären Parteien, auch gegen die deutschfreisinnige Partei Stellung zu nehmen, ihr den Boden zu entziehen und ihr die Maske vom Antlitz zu reißen, der Partei, welche nie gehalten, was sie versprochen. Energisch forderte Redner auf zum Kampfe gegen den Deutschfreisinn, ebenso das in der Versammlung anwesende deutschfreisinnige Wahlkomitee zur Widerlegung. Zum Schlusse forderte Redner die Parteigenossen auf, die kurze Zeit bis zur Stichwahl noch auszunutzen, trotzdem die herrschenden Gewalten es für gut befunden hätten, die Stichwahlen auf einen Sonnabend anzusetzen. (Lebhafter Beifall.) Da sich zur Diskussion kein Redner meldete, so nahm im Anschlusse an den Vortrag Herr Dolinski das Wort. Auch dieser Redner beleuchtete in eingehender Weise die Prinzipien der deutschfreisinnigen Partei, lebhaft bedauernd, daß die anwesenden Vertreter des Freisinns so schnell den Saal verlassen hätten. Längere Betrachtungen widmete Redner dem heutigen Schulwesen, dessen Mangelhaftigkeit in das rechte Licht stellend und darlegend, wie das Proletariat, die arme Bevölkerung unter dem heutigen Systeme zu leiden habe und knüpfte im weiteren Verlaufe seiner Rede an verschiedene Punkte des vortrefflichen Referates an, Kommentare dazu gebend. Er erinnerte daran, daß am 20. Februar viele Wähler ihr Wahlrecht nicht ausgeübt hätten. Hier gelte es, zu zeigen, daß auf der gegnerischen Seite für sie nichts zu erwarten sei, und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dem sozialdemokratischen Kandidaten Wildberger zum Siege zu verhelfen. Herr Sattlermeister Berg zollte dem Referenten seinen vollsten Beifall und übte seinerseits eben alls eine vernichtende Kritik an der deutschfreisinnigen Partei, zugleich die herrschenden allgemeinen Zustände hell und grell beleuchtend. Ihm schloß sich, lebhaft begrüßt, der Kandidat des 3. Wahlkreises, Herr Karl Wildberger, an. Derselbe führte aus, daß, wenn das deutschfreisinnige Programm heute verwirklicht würde, an dem heutigen Systeme absolut nichts geändert werde. Je eher diese Partei verschwinde, desto besser sei es für die Gesammtentwickelung der Bevölkerung und die Sozialdemokratie habe durchaus keine Veranlassung, dem Freisinn die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wie der Wahlaufruf des sozialdemokratischen Wahlkomitees es wünsche. Auf dem genossenschaftlichen Wege, wie ihn die freisinnige Partei vorschlage, könne an den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen durchaus nichts geändert werden. Die freisinnige Partei habe mit der sozialdemokratischen Partei nicht das mindeste gemein, wenn auch beide wiederholt zusammen gestimmt hätten. Beschämend sei es, daß die deutschfreisinnige Partei in Berlin noch eine solche Stimmenzahl, wie geschehen, auf sich vereinigen könne. Redner schloß mit der Ermahnung, sich zu vergegenwärtigen, daß, wenn die Sozialdemokratie im dritten Wahlkreise am 1. März siege, die Wähler nicht für den aufgestellten Kandidaten siegen, sondern für sich selbst und daß es Pflicht eines jeden sei, mitzukämpfen zur Erreichung dieses Sieges. (Großer Beifall). Weitere Redner waren nicht eingezeichnet und nahm der Referent, Herr Baginski, das Schlußwort, betonend, die Nothwendigkeit, die Stimmenzahl auf den Kandidaten Wildberger noch bedeutend zu erhöhen. Denn jede Stimme bedeute einen Protest gegen das herrschende System. Darum, schloß er, auf zur Wahl und alle Stimmzettel in die Wahlurne für den Kandidaten Wildberger! (Großer Beifall). Der Vorsitzende brachte hierauf folgende Resolution zur Abstimmung: „Die heute im Buggenhagen'schen Saale tagende öffentliche Wählerversammlung des dritten Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, soweit als möglich den 1. März als Feiertag hoch zu halten, damit die Wahlberechtigten an der Wahlurne und die Nichtwahlberechtigten in der Agitation ihrer Pflicht genügen können, um den regierenden Klassen zu zeigen, daß die Arbeiter auch an einem Sonnabende Zeit für ihre Sache haben." Diese Resolution fand einstimmige Annahme. — Nachdem der Punkt „Verschiedenes" erledigt und zur regen Hilfeleistung am Tage der Stichwahl aufgefordert, wurde nach einem dreifachen tausendstimmigen Hoch auf die Sozialdemokratie und deren Kandidaten Herrn Wildberger, die Versammlung geschlossen.

Zum 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise tagten am Mittwoch Abend drei öffentliche Wählerversammlungen. Die eine fand im Ausschank der Brauerei Königstadt, Karlstraße 27, unter Vorsitz des Herrn Fritz Berndt statt. Es war die erste Versammlung, die in diesem Theile des 5. Wahlkreises abgehalten wurde. Herr Albert Auerbach sprach über die bevorstehenden Stichwahlen. Die Sozialdemokratie, so sagte Redner, begrüße die Stichwahlen mit Freuden, weil ihr dadurch Gelegenheit gegeben werde, ihre Ideen in immer weitere Volksschichten zu tragen. Ihr komme es ja nicht so sehr darauf an, Sitze im Reichstage zu ergattern, als die Massen zu uns hinüber zu ziehen. Hiervon sind wir bei den letzten Wahlen von bedeutendem Erfolg gekrönt gewesen. Zu unserer Armee gehören nicht nur mehr Fabrikarbeiter, auch in den Reihen des Kleinbürgerthums und der landwirthschaftlichen Arbeiter haben wir uns Rekruten geworben. Unsere Prinzipien und Ideen sind zu sehr auf dem Boden der wirthschaftlichen Verhältnisse aufgebaut. Unsere Stimmen haben sich rund um 500 000 vermehrt; dies ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können, wie noch keine Partei zu keiner Zeit ihn zu verzeichnen hatte. Wir, so fährt Redner nach diesen einleitenden Bemerkungen fort, haben keinen Zusammenhang mit irgend einer anderen. Die Kluft ist unüberbrückbar, die uns vom Freisinn trennt. Nur um Dumme zu fangen, um unsere Unterstützung zu finden, spricht der Freisinn von der Sozialdemokratie als einen ungerathenen Bruder des Freisinns. Freisinn und Sozialdemokratie können nicht zusammengehen, erstere ist eine bürgerliche Partei, letztere ist eine Partei von Besitzlosen, die gegen das Kapital in jeder Gestalt Front macht. Um diesen Unterschied hervorzuheben, sind wir hier in Berlin mit unsern radikalsten wirthschaftlichen Forderungen vor die Wählerschaft getreten. Wir haben hier nicht so sehr auf das theure Fleisch, auf das kleine Brot hingewiesen, sondern haben den Nachdruck unsrer Agitation auf die Zerbrechung des Lohnsystems gelegt. Die liberale Presse suche unser Anwachsen zu erklären. Einmal soll Bismarck, seine Freundschaft mit Lassalle, Vorspanndienste geleistet haben, jetzt, bei dieser Wahl hätten nach ihrer Meinung die sozialdemokratischen Wähler nur Protest gegen das politische Unterdrückungssystem einlegen wollen, das hunderte von Leuten, die ihre Meinung offen sagten, in den Kerker warf. Letzterer Grund spielt nur zum Theil mit, die wirthschaftliche Entwickelung die nicht lesen nicht schreiben, nicht reden kann, ist die beste Agitation, die uns zur Seite steht. Sie bringt es mit sich, daß das Kapital sich in immer weniger Händen zusammenballt, daß ein ungeheures Heer von Besitzlosen geschaffen wird. Hätten die Wähler nur gegen die Zollpolitik protestiren wollen, dann hätten nur die anderen oppositionellen Parteien zunehmen müssen. Das Volk wollte weiter protestiren, gegen die heutige Wirthschaftsweise. Der Freisinn habe den Wählern den Zukunftsstaat in den gräßlichsten Farben geschildert. Wir haben ihn trotzdem als unser letztes Ziel stets gefordert. Wären wir Heuchler, so hätten wir z. B. dem Handwerker Hilfe versprochen. Das thaten wir nicht. Wir sagten ihm, daß er unrettbar dem Untergange geweiht sei, daß das Großkapital ihn verschlinge und daß er deshalb sich mit uns, dem Feinde des Großkapitals, der Faullenzer, die sich auf Kosten anderer mästen, zu verbinden hätte. Der Befähigungsnachweis könne ihm nicht helfen; würde die Regierung den Beschluß des Reichstags in dieser Beziehung ausführen, so wird die Probe auf das Exempel uns Recht geben. Das einzige, was die Noth des Kleinhandwerkers mildern könne, sei Aufhebung der Gefängniskonkurrenz. Keiner von seinen politischen „Freunden" habe je daran gedacht. Kleinkaufmann, Kleinhandwerker, Kleinfabrikant, sie alle, die ohne großes Kapital arbeiten, können mit dem Millionenkapital nicht konkurriren. Redner geht des Näheren auf den Vorwurf, die Sozialdemokratie wolle die Ehe zerstören, ein und weist nach, daß letztere nicht verwerflicher sein kann als hier, in der besten der Welten. Redner entwickelte nun unsere prinzipiellen Forderungen. Jeder solle arbeiten, jeder solle aber auch die Früchte seiner Arbeit genießen. Die jetzige zügellose Produktion soll nach dem Bedarf gesellschaftlich geregelt werden. Gerade wir sind eine Partei der Ordnung. Wir wollen nicht, daß der Eine alles besitzt, alle Genüsse des Lebens genießen kann, ohne zu arbeiten, während die große Masse nicht so viel hat, sich und seine Familie zu ernähren, daß der Arbeiter noch auf den Schweiß seiner zarten Kinder spekuliren muß. Jeder Menschenfreund müsse unseren Zielen zustimmen. Doch unser Staat ist nicht mit einem Lumpenproletariat durchzuführen. Deshalb fordern wir von der bürgerlichen Gesellschaft nützliche Reformen. Und wir freuen uns, daß aus den höchsten Kreisen Stimmen laut werden, die unsere Forderung auf Arbeiterschutz Recht geben. Viel werde dabei allerdings nicht herauskommen, da eine solche Reform den Profit des Kapitals schmälere. Würden sie aber eingeführt, wer bürge dafür, daß sie nicht wieder abgeschafft werden. Deshalb müßten wahre Freunde der Reform, die dieselbe bis zum Aeußersten schützen, in den Reichstag kommen. Bei dieser Wahl seien die Nationalliberalen an die Wand gedrückt worden, daß sie quietschen; der Freisinn müsse nachfolgen. Vor der Hauptwahl spielt sie sich als erste Beschützerin des geheimen Wahlrechts auf. Jetzt, in den Stichwahlen, verrathe sie ihr politisches Prinzip. Sie folge dem Grundsatz: „Ich gebe, damit Du giebst." Der Freisinn ist gewöhnt, mit Silber-, mit Horn- und mit Blechlöffel zu essen, die Hauptsache ist für sie, daß sie recht viel Suppe auf ihren Teller löffelt. Die Berliner Wählerschaft solle endlich einmal mit dieser Drahtzieherpartei ein Ende machen. Sie solle ein ernstes Wort mit dem Freisinn reden, indem sie für den Kandidaten der Sozialdemokratie eintritt. Die Anwesenden, die dem Referat mit Gespanntheit gefolgt waren, spendeten zum Schlusse dem Redner lebhaften Beifall. Herr Restaurateur Kreutz, der in der Diskussion sprach, ging mit den Freisinnigen scharf ins Gericht. Leute, wie Jacoby, Waldeck, Hoverbeck würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie ihre heutige, mißrathene Nachfolgerschaft sehen würden. Dem Freisinn gebührten nicht Worte, sondern Prügel. Können wir es diesmal nicht, dann aber in 5 Jahren. (Lebhafter Beifall.) Schließlich wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „Die heutige, Karlstr. 27, tagende Wählerversammlung des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich am Tage der Stichwahl — am 1. März — mit allen Kräften für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Albert Auerbach einzutreten." „Die heutige öffentliche Wählerversammlung protestirt gegen den Beschluß des sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitees, bei den Stichwahlen für die Kandidaten der freisinnigen Partei einzutreten. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß die politischen Freiheiten nicht von dieser Partei gewahrt werden und der wirthschaftlichen Ausbeutung des Volkes nicht entgegengetreten wird, sondern daß auch die Freisinnigen bereit sein werden, um das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern, den letzten freiheitlichen Rest ihres Programms zu opfern." Unter Verschiedenem forderte der Vorsitzende alle diejenigen auf, die bei der Wahl helfen wollen, sich Sonnabend früh 8 Uhr bei Mitzke, Weinmeisterstr. 6, zu melden. Dann schloß die Versammlung mit Hochs auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten.

Die beiden anderen Versammlungen, die bei Zenter und bei Seefeld stattfanden, nahmen nach einem Referat des Herrn Pirch und ausgedehnter Diskussion ähnliche Resolutionen an.

Eine imposante kaufmännische Wählerversammlung fand am Montag in Bötzow's Brauerei am Prenzlauer Thor unter dem Vorsitze des Herrn S. Manasse statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die Kaufleute und die Reichstagswahlen" sprach Kollege August Hintze ungefähr folgendermaßen: Der Tag der Stichwahl ist in nächster Nähe; es ist deshalb Pflicht eines jeden kaufmännisch Angestellten, sich darüber klar zu werden, wem er am Tage der Wahl seine Stimme zu geben hat. Wir haben im 5. Wahlkreise mit der deutschfreisinnigen und sozialdemokratischen Partei zu rechnen. Fragen wir nun, was hat die erstere Partei gethan, um die Uebelstände in unserem Berufe, als da sind: Lehrlingsausbeutung, übermäßige Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Krankenversicherung u. s. w. zu beseitigen? Sie hat nichts in dieser Beziehung für uns gethan; sie steht mit Bismarck auf demselben Standpunkt, der, als im Jahre 1885 der Antrag im Reichstage angenommen wurde, der Sonntag dürfe nicht länger als 5 Stunden gearbeitet werden, in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesraths sagte: „Viele Arbeiter könnten nicht existiren, wenn man ihnen verböte, am Sonntag zu arbeiten; denn dadurch verlören sie ⅙ ihres Verdienstes." Sie ist sogar Gegnerin der Krankenversicherung. Da also diese Partei nicht unsere Interessen im Reichstage vertreten hat, so wenden wir uns zur sozialdemokratischen Partei. Die Deutschfreisinnigen versprechen vor den Wahlen immer sehr viel, haben aber niemals Wort gehalten. Die sozialdemokratische Partei ist stets gegen die Unterdrückung und Belastung des Volkes gewesen; sie war die einzige Partei, welche bei den Ausgaben für Heer und Marine keinen Mann und keinen Groschen bewilligte, um nicht dem Volke noch größere Lasten aufzubürden; sie war ferner die einzige Partei, welche für den Kaufmannsstand etwas that, indem sie in dem Arbeiterschutz-Gesetz auch die Handlungsgehilfen mit einschloß. Die Freisinnigen empfehlen uns immer die freie Vereinbarung; durch diese kann aber in der heutigen Zeit durch die übergroße Konkurrenz nichts erreicht werden und deshalb fordern wir von Gesetzes wegen eine Besserung der Mißstände im kaufmännischen Berufe. Zu diesem Zwecke ist es nothwendig, daß Männer in den Reichstag kommen, die ihr Augenmerk auch voll und ganz darauf richten. Es ist das halb Pflicht eines jeden kaufmännisch Angestellten, am Tage der Stichwahl nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme zu geben. Brausender Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Die Diskussion war eine sehr lebhafte. Es sprachen in derselben auch zwei Deutschfreisinnige, welche unter großer Unruhe der Versammlung etwa folgendes ausführten: Wir sind zwar alte Arbeiter, haben aber nicht die gleichen Fähigkeiten mit auf die Welt gebracht. (?) Diejenigen Herren (?), die nicht arbeiten wollen, für die wird die beste Partei nicht so sorgen können, daß sie ein herrliches Leben führen könnten! Wollen wir bessere Löhne erzielen, so dürfen wir den Arbeitgeber nicht durch übermäßige Anforderungen zu Grunde richten! Die Sonntagsarbeit wäre bei uns nicht durchführbar, wir dankten übrigens für eine Kirchhofsruhe des Sonntags à la England. Schallendes Gelächter folgte dieser

Ausführungen. Hoffentlich sind die Gegner durch die übrigen Herren, welche sämmtlich im Sinne des Referenten sprachen, eines Besseren belehrt worden. Folgende Resolution wurde gegen 5 Stimmen angenommen: In Erwägung, daß außer der sozialdemokratischen Partei keine einzige Partei gewillt ist, die Lage der Kaufleute zu verbessern, erklärt die heutige Versammlung der kaufmännischen Wähler Berlins, nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Die zweite Resolution, welche dahin ging, die Beschlüsse der Buggenhagen'schen Versammlung betreffs Demonstration für den achtstündigen Arbeitstag am 1. Mai d. J. voll und ganz anzuerkennen, wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluß wurde der Antrag des Herrn Adler angenommen, das Lokal von Fey, früher Grätz, Brunnenstraße, zu meiden, weil derselbe seinen Saal zu einer sozialdemokratischen Versammlung nicht hergeben wollte. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter tagte am 25. d. M. in Zemter's Salon, Münzstr. 11, in welcher zum 1. Punkt der Vorsitzende über den Streik in der Knopffabrik von C. H. Röhll referirte. Redner führte an, daß der Streik dadurch sehr in die Länge gezogen wird, daß der Fabrikant, gestützt auf seine Millionen, sich alle Mühe giebt, um den Sieg zu erringen; den Arbeitern dagegen sehr wenig Mittel zur Verfügung ständen und nur dadurch zu siegen gedenken, daß gelernte Knopfarbeiter der Fabrik fern bleiben. Der Fabrikant läßt jetzt seine Waare in Böhmen anfertigen, könne jedoch von derselben in der Regel nur den dritten Theil gebrauchen, ferner versuche er, Arbeiter von außerhalb nach seiner Fabrik zu ziehen, dieselben hätten sich jedoch mit uns solidarisch erklärt und Berlin wieder verlassen. Auch hat der Fabrikant von außerhalb bereits Zuschriften erhalten, worin ihm bedeutet wurde, sich lieber mit seinen Arbeitern zu vertragen, Arbeiter von außerhalb würde er nicht erhalten. Im Uebrigen steht der Streik durchaus noch nicht schlecht, der Fabrikant ist bis jetzt nicht im Stande, auch nur ein Gros brauchbarer Knöpfe zu fertigen und sollte der Fabrikant nicht nachgeben wollen, so werden die Streikenden nach und nach anderwärts untergebracht werden. Der Fabrikant hat nun versucht, andere Fabrikanten zu überreden, von den Streikenden Niemand zu beschäftigen resp. dieselben wieder zu entlassen. Bei einigen hat derselbe auch Zusage erhalten, von anderen ist er jedoch abgewiesen worden, indem dieselben antworteten, wir nehmen uns die Arbeiter, wie wir sie gebrauchen u. s. w. Nun, die ersteren Fabrikanten werden ebenfalls zu dem Enschluß kommen, wenn nur erst die Arbeit besser geht. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referirte Kollege Achner über die neue Forderung der Firma Röhll, nach welcher sich seine Arbeiter verpflichten müssen, keinem Fachverein anzugehören. Referent sowie sämmtliche Redner machten gegen dieses Ansinnen der Firma Röhll ganz entschieden Front und wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute hier in Zemter's Salon tagende Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter erklärt, entschieden Front zu machen gegen die Agitation des Herrn Röhll zur Untergrabung des Vereins, da derselbe die hiesigen Fabrikanten zu überreden versucht, die streikenden Arbeiter, die bei denselben Arbeit gefunden, zu entlassen, weil sie dem Verein angehören. Die Versammlung erklärt, fest und treu zum Verein zu halten, da wir nur durch denselben etwas gutes schaffen und unsere Interessen wahren können. Unter Verschiedenem wurde die Anfrage gestellt, ob gegen den Herrn Röhll nicht gesetzlich vorgegangen werden könne, indem er andere Fabrikanten anredet, seine streikenden Arbeiter nicht zu beschäftigen; dasselbe wurde jedoch bis zur nächsten Versammlung vertagt, wo dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, um einen Beschluß darüber zu fassen. Es wurde mitgetheilt, daß das Lokal von Stransfeld für die streikenden Arbeiter der C. H. Röhll'schen Fabrik verboten ist, welches allgemeines Gelächter verursachte. Nachdem nun noch auf das am 22. März in Orschel's Salon stattfindende 2. Stiftungsfest aufmerksam gemacht wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder und Berufsgenossen, zu der auch die Fabrikanten eingeladen waren, fand am Mittwoch Abend in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39, statt. Die Fabrikanten hatten es vorgezogen, trotz schriftlicher Einladung nicht zu erscheinen, nur einige Werkführer waren anwesend. Nachdem die Herren Mähring, Schumme und Fries ins Büreau gewählt waren, referirte Herr Wilsky über den Stand des Streiks bei der Firma Methlow u. Komp. Redner kam zu der Schlußfolgerung, daß dieser Streik keinen glücklichen Verlauf gehabt habe, man werde sich aber dadurch nicht entmuthigen lassen, sondern nach wie vor gegen solche Mißstände mit allen Mitteln ankämpfen. Es sei der Firma zwar gelungen, sich eine Anzahl Arbeitskräfte zu beschaffen, aber schwerlich werde sie Ersatz für die geschulten Kräfte zur Herstellung gediegener Arbeit finden. — In der Diskussion über diesen Punkt meinte Herr Richter, man möge den Streik für beendet erklären. Alle anderen Redner waren entgegengesetzter Ansicht; die Firma werde auf die Dauer nicht mit den gegenwärtig von ihr beschäftigten Arbeitern auskommen können. Eine Resolution, den Streik aufrecht zu erhalten, wurde einstimmig angenommen. — Hierauf schritt man zur Diskussion über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Welche Nachtheile haben die „schwarzen Listen" in unserem Gewerk? Von verschiedenen Rednern wurde festgestellt, daß bei den Fabrikanten Listen zirkuliren, auf welchen nicht nur die Namen der beim Methlow'schen Streik betheiligten, sondern auch noch solcher Kollegen verzeichnet sind, welche für die Interessen der Gehilfenschaft thätig waren. Wer von diesen um Arbeit nachfrage, werde auf Grund der Liste überall abgewiesen. Auch nach Außerhalb habe man die Listen versandt. Es wurde angeregt, ob nicht der Verband gegen dieses Unwesen Mittel zu ergreifen habe; man gelangte jedoch zu dem Beschluß, zunächst eine Unterhandlung mit den Fabrikanten anzuknüpfen, um sie zur Zurückziehung der „schwarzen Listen" zu veranlassen. Der Vorschlag, fünf Personen zu diesem Zweck zu wählen, wurde angenommen. Aus der Wahl gingen hervor die Herren: Niebergall, Schumme, Fries, Linke und Ramlow. Zum Schluß beschäftigte man sich mit der Abrechnung vom Versilbererstreik.

Die Vereinigung der Drecholer Deutschlands, Berlin III, hielt am 23. d. M. ihre Mitgliederversammlung bei Bolzmann, Andreasstr. 26, ab. Tagesordnung: 1. Arbeitslosigkeit und Lebensmittelvertheuerung. Referent: Herr Jost. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Zum 1. Punkt legte Referent in kurzer sachlicher Weise klar, wie durch die lange Arbeitszeit die Reservearmee der Arbeitslosen in ungeheurer Weise vermehrt werde, und die kolossale Ausnutzung der Maschinen nur dann zum Nutzen der Arbeiter sein könne, wenn eine kürzere Arbeitszeit eingeführt werde, damit die Erleichterung, welche die Maschinen bringen, allen Arbeitern zugute kommt. Referent fordert zum Schlusse seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages alle denkenden Arbeiter auf, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern nach allen Richtungen hin zu fördern, sowie für die Gewerkschaftsorganisation kräftig einzutreten, da es den Arbeitern nur vereint möglich ist, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erringen. In der Diskussion pflichtete Kollege Rautenberg den Ausführungen des Referenten voll und ganz bei und wies darauf hin, daß die Arbeiter bestrebt sein müssen, ihre Macht so auszudehnen, daß die Berichte ihrer Bewegungen der Regierung unparteiisch eingereicht werden, was beim Bergarbeiterstreik nicht der Fall war. Zum 3. Punkt machte Kassirer Kattge bekannt, daß der Drechsler Sündermann die von ihm selbst vorgeschlagene Ratenabzahlung behufs Tilgung seiner Schuld bereits seit Dezember eingestellt hat, worauf die Versammlung beschließt, Herrn Sündermann als nicht mehr zu ihr gehörend zu betrachten. Der vom Kollegen Rautenberg gestellte Antrag, der Vorstand möge sich behufs Erhebung einer Statistik Listen von dem Bevollmächtigten Holzhausen aus Halle a. d. S. schicken lassen, wird angenommen. Hierauf macht der Vorsitzende bekannt, daß die Vereinigung der Drechsler Berlins am Sonntag, den 9. März, die Urania besucht und fordert zu recht zahlreichem und pünktlichem Besuche auf. Gleichzeitig wird auf den am 15. März bei Schneider, Belforterstraße 15, stattfindenden Maskenball aufmerksam gemacht. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 23. März, bei Bolzmann, Andreasstraße 26 statt und ist bei der bevorstehenden Vorstandswahl ein recht zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Fachverein der Sattler und Berufsgenossen hielt am Dienstag, den 25. Febr., seine Versammlung in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, ab, mit der Tagesordnung: Vorlesung des Herrn Aßmann über: „Die wirthschaftliche Umwälzung" aus Heft 8 der Berl. Arbeiterbibliothek. Unter Gewerkschaftliches wurde der Versammlung mitgetheilt, daß der Herr Obermeister Cobau, Dresdenerstraße, einen Posten seiner Lieferung Patronentaschen zurückbekommen habe, dieselben sind von seinen Gehilfen genau nach Wunsch gearbeitet, speziell die Kanten nach seiner Vorschrift scharf oder kantig aufgeputzt worden. Jetzt, bei der Zurücknahme, verlangt der Obermeister Cobau runden Kantenputz von seinen Gehilfen gratis, und da sich dieselben dazu nicht verstehen, schließlich ein Kollege den Entlassungsschein bekam, worin sich Maßregelung bekundete, ist einstimmig beschlossen worden, die Arbeit niederzulegen. Um ferneren ähnlichen Mißständen auszuweichen, ist in der Versammlung folgender Antrag gestellt worden: „Die Fachvereinsmitglieder wollen sich verpflichten, bei der jetzigen Zeitperiode keine Entlassungsscheine anzunehmen." Darauf gelangte folgende Resolution zur Veröffentlichung: Die heute tagende Versammlung des Fachvereins der Sattler Berlins erklärt die Einführung der Arbeitsscheine seitens der Innung für einen Eingriff in die persönliche Freiheit und hält das Vorgehen des Obermeisters Cobau für nicht gerechtfertigt und beschließt, die Werkstatt des Herrn Obermeister Cobau zu meiden. Ferner wurde auf die am 8. März stattfindende öffentliche Sattlerversammlung und die nächste Mitgliederversammlung am 11. März aufmerksam gemacht, welche beide in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, tagen.

Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter waren am Mittwoch Abends in Feuerstein's Lokal versammelt, um den Verwaltungsbericht der Kasse für das Jahr 1889 entgegenzunehmen. Die Mitgliederzahl ist binnen Jahresfrist von 15 415 auf 18 220 gestiegen. Die Jahres-Einnahmen betrugen 288 825,70 M., während die Ausgaben sich auf 282 371,61 M. stellten. Die Kasse hatte am 2. Januar einen Bestand von 95 040,41 M., am gleichen Tage des Vorjahres waren 88 586,32 M. vorhanden. Die Verwaltungskosten beliefen sich im abgelaufenen Jahr auf 21 160,68 M. Gestorben sind in diesem Zeitraum 246 Mitglieder, davon 78 an Lungenkrankheiten; 1888 sind nur 187 Mitglieder gestorben. Die Todesfälle haben sich mithin im letzten Jahre in auffälliger Weise vermehrt.

Der Verein der Wäschezuschneider und verwandter Berufsgenossen hielt am 24. Februar seine ordentliche Mitgliederversammlung in Seefeld's Salon, Grenadierstraße, mit der Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Ursachen der französischen Revolution, Referent Herr J. Türk. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes, ab. Nachdem das Protokoll verlesen und richtig befunden, erhielt Herr Türk das Wort zu Punkt 1. Derselbe erledigte seine Aufgabe in 5/4stündiger Rede unter großem Beifall der Versammlung. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zu Punkt 3 machte Herr Möhring bekannt, daß nächste Woche eine öffentliche Versammlung, mit der Tagesordnung: Bericht der Fachkommission über unsere Achtstundenbewegung stattfindet. Anschließend hieran stellte Herr Koopmann den Antrag, für die Zukunft die Versammlungen im Annonzentheil des „Berliner Volksblatt" bekannt zu machen, derselbe wurde einstimmig angenommen. Herr Grashold ersuchte noch, das „Berliner Volksblatt" durch Abonnement zu unterstützen, denn nur so könnten die Kollegen von allen Vorgängen der Arbeiterschaft unterrichtet werden. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Friedrichshagen. Am Mittwoch fand in Friedrichshagen eine von etwa 400 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Herr Schulz zu den Reichstagswahlen sprach. Das deutsche Volk soll am kommenden Tage zeigen, so begann er seine Ausführungen, ob es gewillt ist, wieder einen so reaktionären Reichstag, wie der vergangene war, zu wählen. Er erinnerte, wie durch das Heraufbeschwören des Kriegsgespenstes der Reichstag von 1887 zusammen gekommen ist. Er kritisirte scharf die Branntweinkonsumsteuer, durch der wir nicht mal einen guten Kornbranntwein, sondern nur schlechten Fusel bekommen haben. Er will sämmtliche indirekten Steuern beseitigt wissen, und an deren Stelle eine progressive Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung gesetzt haben. Er rügte scharf die reaktionären Bestrebungen unserer Zeit, da doch der größte Theil des Volkes nach Freiheit strebt. Die Sozialdemokratie will Maximallohn und gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, statt dessen glaubt man durch den Befähigungsnachweis zu helfen, doch sei der Arbeiterschutz nur auf internationalem Wege zu erreichen. Der Arbeit wird die Zukunft gehören, denn die Sozialdemokratie wird siegen. Er wies nach, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitslosen die Arbeit wiedergegeben wird und sich der Lohn hebt. Ferner verlangte er das Recht zu wählen für einen Mann, der 20 Jahre alt ist. Darum nieder mit dem Kartell, denn wenn sie die Majorität schon 1885 gehabt hätten, hätten sie schon damals die fünfjährige Legislaturperiode eingeführt, und wenn jetzt das Kartell die Majorität bekäme, würden sie jedenfalls das gleiche geheime direkte Wahlrecht ganz beseitigen und an dessen Stelle das Dreiklassensystem einführen. Das Ausnahmegesetz, so führte er weiter sehr treffend aus, hat einen eisernen Ring um die Partei gelegt, was es gezeitigt, habe man am besten beim Elberfelder Prozeß gesehen, wo man das Kind gegen den Vater, die Frau gegen den Mann habe zum Zeugniß zwingen wollen. An 1000 Jahre Gefängniß sind während der Dauer des Gesetzes verhängt worden. Wir verlangen weiter, daß der Wahltag ein Feiertag sein soll, da an demselben des Volkes heiligstes Recht, das Wahlrecht, ausgeübt werden soll, aber nicht mal für solche Kleinigkeiten ist das Kartell zu haben, lieber legt man den Wahltag auf den Sonnabend, den denkbar ungünstigsten Tag. Genossen! laßt Euch deshalb nicht abhalten, zeigt, daß Ihr auch am Sonnabend Sozialdemokraten seid, und nicht nur am Donnerstag! Wurde mal im Reichstage Gehaltszulage für kleine Beamte verlangt, waren die Bänke leer oder man sagte, es sei kein Geld da, man müsse sparen; wird aber Geld für einen Dampfer verlangt, so kann man gar nicht tief genug in den Sack greifen. Die indirekten Steuern bringen es ja wieder ein, beispielsweise Petroleum um 10 Millionen Mark, aber Gas und elektrisches Licht sind steuerfrei, weil die Begüterten es gebrauchen. Durch die kaiserlichen Erlasse ist bekannt geworden, daß unsere Ideen, trotzdem sie vorher unter aller Würde schlecht, hirnverbrannt und was sonst noch alles genannt wurden, gute sind, was wir in unserem Programm schon immer gesagt haben. Wir werden aber noch mehr erlangen, denn wenn der Stein einmal ins Rollen gekommen ist, läßt er sich schwer aufhalten. Wir wollen ferner die Kriege auf internationalem Wege abschaffen. Wir erstreben Umgestaltung der heutigen Produktionsweise in eine genossenschaftliche. Man wirft uns vor wir treiben Interessenpolitik, ja müssen wir nicht, für uns sind ja die andern Parteien nicht zu haben, also müssen wir unsere Interessen selbst vertreten. Wir wollen Regelung der Gefängnißarbeit damit die Schleuderkonkurrenz aus der Welt geschafft wird, die Gefängnißarbeit darf nicht billiger sein als die freie. Aus der Mitte der Versammlung wurde hervorgehoben, daß die Konservativen sich nicht getraut hätten, uns gegenüber zu treten, und die Freisinnigen die Frage betreffs Ausübung des Wahlrechts mit dem 20. Jahre für noch nicht reif halten. Ferner wurde hingewiesen auf die Rede des Exministers v. Puttkamer in Stolp, der [illegible] nur noch mit Pulver, Blei und Kanonen regieren möchte. [illegible] falls wurde aus der Mitte der Versammlung auf die [illegible] Ausübung des Wahlrechts hingewiesen, da der Wahlakt [illegible] beendet sei, und das letzte freisinnige Flugblatt [illegible] In seinem Schlußwort bedauerte Referent, daß kein Gegner [illegible] sei, der die angegriffenen freisinnigen Flugblätter [illegible] Sämmtliche Gegenparteien meinte er, sind geschlossen, wenn es [illegible] ihnen geht, jedoch nur bis zur Wahl und bis ihnen der Sieg [illegible] fang geglückt ist, aber das deutsche Proletariat [illegible] siegen, und hoffen wir dem Wunsche des Reichskanzlers [illegible] kommen zu können und ihm das dritte Dutzend Abgeordnete [illegible] den Reichstag schicken. Zum Schluß wurden noch [illegible] zwei Resolutionen einstimmig angenommen. Die erste [illegible] Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen [illegible] Herrn Referenten einverstanden und verspricht, voll und ganz [illegible] unseren Kandidaten Arthur Stadthagen einzutreten und [illegible] Siege zu verhelfen. Die zweite Resolution betrifft [illegible] Hutmacherstreik, sie lautet: Die heutige Versammlung [illegible] beschließen, in Zukunft nur solche Hüte zu kaufen, welche [illegible] Arbeiter-Kontrolmarke deutscher Hutmacher versehen sind. [illegible] diese Kontrolmarken, die kein Fabrikant bekommt, der [illegible] tarifmäßigen Löhne bezahlt, soll bewirkt werden, daß jeder [illegible] brikant die tarifmäßigen Löhne bezahlen muß, wenn er [illegible] seine Waare haben will. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und den Kandidaten Stadthagen schloß die Versammlung. Der Vorsitzende des Lokal-Wahlkomitees in Friedrichshagen, Tischlermeister H. Süverling daselbst, und wird gebeten, [illegible] u. s. w. nur an diesen zu richten.

* * *

Große öffentliche Wählerversammlung für Köpenick und Umgegend am Freitag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn [illegible] Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. 2. Diskussion. 3. [illegible] schiedenes.

Große öffentliche Reichstagswähler-Versammlung für [illegible] Steglitz und Umgegend Freitag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, im [illegible] zu Friedenau. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. 2. [illegible] und Verschiedenes. Referent wird in der Versammlung bekannt [illegible]

Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend. [illegible] tag, den 2. März, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain [illegible] Lips): Große General-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: [illegible] Mitglieder geneigt, eine Statutenänderung in dem Sinne vorzunehmen, [illegible] einem jeden Maurer die Möglichkeit geboten ist, sich dem Verein anzuschließen. 2. [illegible] 3. Stellungnahme zur Wahl einer Beerdigungs-Kommission. 4. [illegible] und Fragekasten. Zu dieser Versammlung werden sämmtliche [illegible] glieder), Altordnmaurer, Putzer, Fliesenleger extra eingeladen und [illegible] zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung wird Punkt 10½ Uhr eröffnet. [illegible]

4 Zinkgießer und Stürzer. Sonntag, den 2. März, Vormittags [illegible] Stehmann's Bierhaus, Melchiorstraße 15, Gemüthliches Beisammensein. [illegible]

Verein der Hauanschläger Berlins und Umgegend. [illegible] 2. März, Vormittags 10 Uhr, Versammlung bei Preuß, [illegible] Quittungsbuch legitimirt.

Zimmerer! Das erste Familienkränzchen des Vereins findet [illegible] abend, den 1. März, im Weddingpark, Müllerstr. 179, statt. [illegible] 50 Pf., Damen 25 Pf. sind zu haben bei Karl Studier, Brunnenstr. [illegible] Paul Schulz, Neue Hochstraße 27, 4 Tr.; Ewald Petermann, [illegible] Sff. 3 Tr.; H. Thamm, Brunnenstr. 36a; Hugo Lehmann, [illegible] 1 Tr.; H. Bardeleben, Gartenstr. 143; C. Schulz, Ackerstr. [illegible] Wilke, Hochstr. 32, im Keller. — Die nächste Versammlung findet statt [illegible] den 8. März, im „Weddingpark", Müllerstraße 179, statt. [illegible] 1. Vortrag und Diskussion über den Werth und die Bedeutung der [illegible] schaften unter den heutigen Produktionsverhältnissen. Referent: [illegible] Vernau.

Freireligiöse Gemeinde. Rosenthalerstraße 38. Sonntag, den [illegible] Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn H. Walter über: Gefühl und [illegible] Gäste willkommen.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag. [illegible] Männergesangverein Abends 9 Uhr im Restaurant Tamm, [illegible] Allee 28. — Gesangverein „Pausebeutel" Abends 8 Uhr im Restaurant [illegible] Alexandrinenstr. 15. — „Liedertafel der Maler und verwandter Berufsgenossen" Abends 9 Uhr im Restaurant Kleine, Brandenburgstr. 60. — [illegible] Männerchor Abends 8½ Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. — [illegible] „Flöter'sches Doppelquartett" Abends 9 Uhr im Restaurant Stuschek, [illegible] bergerstr. 31. — Gesangverein „Fortschritt" Abends 9 Uhr im [illegible] Blumenstr. 40. — Gesangverein „Echo 1872" Abends 9 Uhr Oranienstr. [illegible] Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gesangverein „Offen[illegible] 9 Uhr, Dresdenerstr. 86 bei Gustavus. — Huppert'sche Sänger-[illegible] „Harmonie" Abends 9 Uhr bei Nieß, Weberstr. 17. — Gesangverein [illegible] hain" Abends 9 Uhr Adalbertstr. 21. — Liedertafel des Fachvereins [illegible] träger Berlins Abends 8 Uhr Große Hamburgerstr. 4 Uebungsstunde [illegible] sangverein „Ohnesorge" Abends 9 Uhr, Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. [illegible] — Gesangverein „Widerhall" Abends 9 Uhr bei Herrn Voge, Köpenicker [illegible] — Gesangverein „Lorbeerkranz" 8½ Uhr Restaurant Weinstr. 11. — [illegible] Gesangverein „Nord" Uebungsstunde Abends 8½ Uhr im Restaurant [illegible] Brunnenstr. 38. Stimmbegabte auch passive Mitglieder werden aufgenommen. [illegible] — Voigt'scher Dilettanten-Orchesterverein, Uebungsstunde von 8½–[illegible] Abends im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16, 1 Tr. — [illegible] Turngenossenschaft (S. Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr in der [illegible] Turnhalle, Wasserthorstr. 31. — Turnverein „Hasenheide" (Männerabtheilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstr. 60—61. — Turnverein „Froh u. Frei" (Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr Bergstraße 59. — Wissenschaftlicher Verein für [illegible] Stenographie Abends 8½ Uhr im Restaurant Ziethen, Dorotheenstr. 21. [illegible] richt und Uebungsstunde. — Allgemeiner Arends'scher Stenographen-[illegible] Abtheilung „Vorwärts". Abends 8½ Uhr im Restaurant Koll, [illegible] platz 11. — Arends'scher Stenographenverein „Apollobund" Abends 8½ Uhr [illegible] Restaurant Sendelstr. 30. — Verein ehemaliger Dr. Doebelin'scher [illegible] Abends 9 Uhr im Restaurant Krebs, Friedrichstr. 209. — [illegible] Dilettanten-Orchesterverein Abends 8½ Uhr Uebungsstunde im [illegible] Cölnischer Garten, Scharrenstr. 12. — Zitherverein „Alpenveilchen" [illegible] 8½ Uhr im Restaurant „Wahlstatt" Belleallancestr. 89. — Rauchklub [illegible] Abends 9 Uhr im Hohenzollerngarten Steglitzerstr. 27. — Rauchklub [illegible] blatt" Abends 8½ Uhr im Restaurant Skalitzerstr. 147a. — Rauchklub [illegible] Zwang" Abends 8½ Uhr im Restaurant M. Späth Weinstr. 28. — [illegible] maliger Schüler der 22. Gemeindeschule Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Steglitzerstr. 18. — Lese- und Diskutirklub Herwegh Abends 8 Uhr im [illegible] des Herrn Otto Linke, Forsterstr. 45. Gäste, Herren und Damen, [illegible] glieder eingeführt, haben Zutritt. — Sozialdemokratischer Lese- und [illegible] klub Lassalle Abends 8½ Uhr Cuvrystr. 16 bei Ziemer. Gäste durch [illegible] können eingeführt werden. — Sozialdemokratischer Lese- und [illegible] Vorwärts Abends 8½ Uhr in Poland's Lokal, Naunynstr. 83. Gäste [illegible] können durch Mitglieder eingeführt werden. — Arbeitergesangverein [illegible] nung" Friedrichsberg bei Reusch, Frankfurter Chaussee- und Dorfstraße [illegible] Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor der [illegible] Mechaniker" Abends 9 Uhr im Restaurant Krüger, Franzstr. 8. — [illegible] ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule Abends 9½ Uhr Königstadt [illegible] Holzmarktstr. 72. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — [illegible] „Karl Marx" Abends von 9—11 Uhr bei Schönfeld, Mariendorferstr. [illegible]

Vermischtes.

Dortmund, 25. Februar. Auf der Zeche „Sieben Plat[illegible] fand gestern eine Explosion schlagender Wetter statt. [illegible] leute erhielten Brandwunden; eine Betriebsstörung wurde [illegible] verursacht.

San Francisco, 22. Februar. An der chinesischen [illegible] haben Ende Januar furchtbare Orkane gewüthet. 1000 [illegible] boote wurden in die See gefegt und eine große Zahl ging [illegible] 3000 Fischer ertranken. Ganze Dörfer an der Küste [illegible] Trauer versetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Antwort wird nicht ertheilt.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer. Auf zwei Seiten geschriebene Berichte [illegible] wir nicht mehr an.

4 Mann vom Dienst. 2,00 M. erhalten.

Neumann. Ihr Gedicht ist bei uns nicht eingegangen. Wegen der Börsenfrage wollen Sie persönlich bei uns sprechen.

Zu den Stichwahlen.

An die Wahlkomitees der sozialdemokratischen [illegible]

Wir ersuchen, das Resultat der Stichwahlen dem [illegible] zeichneten **telegraphisch** mitzutheilen.

Plauen-Dresden, 24. Februar 1890.

Für das Zentral-Wahlkomitee der sozialdemokratischen [illegible]

A. Bebel.

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck obiger [illegible] forderung gebeten.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.